

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 6 Juni 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Von Friedlichkeit keine Spur

In dieser Ausgabe:

Protest „kultur“:
Bedenkliche Eigenentwicklung

Zwangskennzeichnung:
Ein klares Nein zur Kennzeichnungspflicht

Terrorismus:
Die Hydra lebt weiter

Komatrinken:
Enthemmt bis zum Filmriss

Sommer-Preisausschreiben:
Die weibliche Seite der Polizei

Seniorenjournal

Liebe Verbrecher: Alles, was Sie hier sehen, kann und wird gegen Sie verwendet werden.

Polizeifahrzeuge von Mercedes-Benz.



Im Kampf gegen das Verbrechen fährt Mercedes-Benz scharfe Geschütze auf: die B-Klasse, die C-Klasse, die E-Klasse, den Vito und den Sprinter. Sie alle verfügen serienmäßig über ESP®, ABS und BAS. Außerdem sorgen ihre sparsamen CDI-Motoren dafür, dass die Einsatzfahrzeuge auch in Sachen Umwelt

mit gutem Beispiel vorausfahren. Die B-Klasse und der Sprinter sind auf Wunsch sogar mit Erdgasantrieb erhältlich. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den Haushaltsetat des Innenministers. Mehr Informationen unter www.mercedes-benz.de/sonderfahrzeuge



Mercedes-Benz

Die Hydra lebt weiter

Dem Gründer und Führer des Netzwerks Al Qaida wurde zwar das Handwerk gelegt, aber Al Qaida bleibt extrem gefährlich.

S. 13



Ein klares Nein zur Kennzeichnungspflicht



Die GdP spricht sich eindeutig gegen eine Zwangskennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten aus und begründet ihren Standpunkt ausführlich in ihrem Positionspapier.

S.11

Enthemmt bis zum Filmriss

Komasaufen – Jugendliche schütten sich zu bis zum Erbrechen, bis zum Koma, bis der Arzt kommt oder schlimmer. Auch die Polizei hat die Resultate der Sauforgien als Problem: Krawalle, Gewalttätigkeiten, hilflose Personen, Eltern benachrichtigen ...

S. 16



INHALT

Juni 2011

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR In unserer Polizei ist nichts faul!	4
FORUM	4/5/28
TITEL/LINKSEXTREMISTEN AM 1. MAI Von Friedlichkeit keine Spur	6
PROTEST „KULTUR“ Bedenkliche Eigendynamik	8
ZWANGSKENNZEICHNUNG Ein klares Nein zur Kennzeichnungspflicht	11
TERRORISMUS Die Hydra lebt weiter	13
ALKOHOL Enthemmt bis zum Filmriss	16
POLIZEIGESCHICHTE Eine Ergänzung und eine Erwiderung	20
RECHTSSCHUTZ Was Recht ist, muss Recht bleiben Nach 19 Jahren endlich Anwerkung als Dienstunfall	23
KRIMINALPRÄVENTION Europäischer Preis für Präventionsfilm der Polizei	26
REZENSION Psychologie der Eigensicherung	28
LEBENSWERTE Symbole des Lebens – Ressourcen zum Leben	30
FREIZEIT Urlaub ist für Paare mehr Stress als Erholung	32
RECHT Parken mit dem Wohnmobil nicht überziehen	33
SOMMER-PREISAUSSCHREIBEN Die weibliche Seite der Polizei	34
FRAUENGRUPPE (BUND) Häusliche Gewalt gehört in die Polizeiliche Kriminalstatistik	35
BILDUNG Das Geschäft mit der Nachhilfe	36
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHR/IMPRESSUM	40



BESUCH BEI BUNDESTAGSVIZEPRÄSIDENTIN:**Kontroverse Themen erörtert**

Über die Haltung der GdP zum Einsatz deutscher Polizistinnen und Polizisten in Auslandsmissionen, den Ergebnissen der Werthebach-Kommission und über die Inhalte der Studie zur Berufs(un)zufriedenheit bei der Bundespolizei informierte sich eingehend die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Vorstandsmitglied

Bundesfinanzpolizei nicht auf der Agenda steht. Das wäre eine Organisationsveränderung mit Sinn und Verstand.“ Nicht zuletzt die ständigen Umstrukturierungen hätten viel zur Berufsunzufriedenheit bei der Bundespolizei beigetragen: „Die von uns vorgestellte Studie gibt der Bundesregierung die schlechtesten Noten. Kein Wunder: Wenn



GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut (Mitte) im Gespräch mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau (DIE LINKE), und dem Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, Frank Tempel, Mitglied des Bundestags-Innenausschusses Foto: Rüdiger Holecek

der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Petra Pau, anlässlich eines Besuchs des GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut. Witthaut erläuterte die Forderung der GdP, dass jegliche Auslandsverwendung deutscher Polizisten klaren rechtlichen Regelungen auch zum Schutz der Beamtinnen und Beamten unterworfen sein müsste: „Was die Lage in Afghanistan betrifft, so ist für uns klar: Verlässt die Bundeswehr das Krisengebiet, geht die Polizei mit. Afghanistan ist von einer Befriedung, die einen zivilen Aufbau ohne militärischen Schutz zulassen würde, weit entfernt.“

Zu den Vorschlägen der Werthebach-Kommission sagte Witthaut: „Nicht zuletzt dem energischen Einspruch der GdP ist es zu verdanken, dass die geplante Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt weitgehend vom Tisch ist. Dagegen ist es bedauerlich, dass die Einrichtung einer

zur Arbeitsüberlastung noch die ständige Verunsicherung hinzukommt, leiden Motivation und Binnenklima.“

In dem Gespräch wurden auch kontroverse Themen angesprochen. So berichtete der GdP-Bundesvorsitzende über die negativen Reaktionen aus der Mitgliedschaft über die Veröffentlichung einer Anzeige der Partei DIE LINKE in DEUTSCHE POLIZEI. Der GdP-Bundesvorsitzende führte dies u.a. auf die Erfahrungen der Beamtinnen und Beamten mit Straftätern aus dem linken Spektrum bei Demonstrationen sowie das Verhalten und die öffentlichen Äußerungen von Funktionsträgern der Linkspartei zu polizeilichen Einsätzen und Einsatzmitteln zurück. Bernhard Witthaut: „Bekanntnisse zur Gewaltlosigkeit dürfen nicht bloß Lippenbekenntnisse sein.“ Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, miteinander im Gespräch zu bleiben. **hol**

GDP-POSITIONSPAPIER:**Nein zur Kennzeichnungspflicht**

Mit einem klaren Nein lehnt die GdP die Forderung nach einer Identifizierbarkeit von Polizeikräften im Einsatz ab. Eine Zwangskennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten verletze, so der GdP-Bundesvorstand in einem Mitte Mai verabschiedeten Positionspapier, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der betroffenen Beamtinnen und Beamten. Durch die Verpflichtung zur namentlichen Kennzeichnung solle von den Beamten nicht nur ein erheblicher Grundrechtseingriff akzeptiert werden, zusätzlich müssten Einsatzkräfte auch ertragen, dass ihr Recht am eigenen Bild durch das polizeiliche Gegenüber in mannigfaltiger Weise und teilweise äußerst lange verletzt werde (s. dazu Seite 4 und Seite 11). **red.**

**SICHERUNGS-
VERWAHRUNG:****Neue Sicherheitslage für Polizei**

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung muss sich die Polizei nach Einschätzung der GdP in Kürze darauf einstellen, eine große Anzahl freigelassener gefährlicher Gewalttäter zu überwachen.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Um die Bevölkerung vor diesen Tätern zu schützen, wird die Polizei sehr viele Beamtinnen und Beamte einsetzen müssen. Das darf kein Dauerzustand werden.“

Weil nach dem Urteil des Verfassungsgerichts nur noch hochgradig gefährliche Straftäter mit psychischen Störungen in nachträglicher Sicherungsverwahrung verbleiben dürfen, werden gefährliche Straftäter, die diese hohe Schwelle nicht erreichen, freigelassen werden.

Für die Polizei ergebe sich nun eine neue Sicherheitslage. „Das zeigt deutlich, dass das Aufgabenspektrum der Polizei nicht mit der spitzen Feder von Betriebswirten und Haushaltspolitikern berechnet werden kann. Wir brauchen einfach genügend Personal, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.“ **red.**



ZUM DROGENBERICHT:**Kein Rückgang des Alkoholkonsums**

Die GdP äußert starke Zweifel an der Richtigkeit der Aussage des Drogen- und Suchtberichtes der Bundesregierung, nach dem der Alkoholkonsum von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen drastisch zurückgegangen sei.

Dazu sagte GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Alltagserfahrungen meiner Kolleginnen und Kollegen vor Ort sprechen eine andere Sprache. Der Alkoholkonsum von jungen Menschen wird immer mehr zum Problem, auch im Zusammenhang mit begangenen Straftaten.“

Der Grund für die unterschiedliche Wahrnehmung liege vermutlich darin, dass sich der Bericht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung auf eine Befragung von 7.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 12 bis 25 Jahren durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu ihren Trinkgewohnheiten stütze.

„Ich halte es für einigermaßen lebensfremd zu erwarten, dass ein 14-jähriger eine ehrliche Auskunft gibt, wenn man ihn nach seinen Trinkgewohnheiten befragt. Gerade im Bereich der Suchtgewohnheiten sind Selbst- und Fremdtäuschung an der Tagesordnung“, so Witthaut. Der Drogenbericht vermerke nämlich auch dass das „Komasaufen“ in den letzten zehn Jahren um 178 Prozent gestiegen sei: „Die Einweisungszahlen der Krankenhäuser sind sicher solider als die Selbstauskünfte der Betroffenen.“ *red.*

PERSONALRATSWAHLEN:**Schleswig-Holstein**

Bei den HPR-Wahlen bei der Polizei konnte die GdP in der Gruppe der Beamtinnen und Beamten sechs von acht Sitzen für sich erringen, der Sitz für die Tarifbeschäftigten ging ebenfalls an die GdP-Kandidatin. Insgesamt verfügt die GdP damit über sieben von neun Plätzen.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Liste 1 – GdP 21.890 Stimmen (72,5 %)

Liste 2 – DPoLG 3.579 Stimmen (11,8 %)

Liste 3 – BDK 4.745 Stimmen (15,7 %)

*Gewerkschaft der Polizei,
Landesbezirk Schleswig-Holstein e. V.*

Sachsen

Das Ergebnis der Personalratswahlen 2011 in Sachsen zeigt ganz deutlich: Den Kolleginnen und Kollegen der GdP wird weiterhin das Vertrauen geschenkt.

Im Polizei-Hauptpersonalrat, im Polizei-Bezirkspersonalrat und auch in den meisten örtlichen Polizei-Personalräten haben die GdP-Kolleginnen und Kollegen auch dieses Jahr wieder gepunktet. Durch ihr Votum haben sich die Wählerinnen und Wähler zum wiederholten Male dazu bekannt, die Geschicke in die Hände erfahrener und vor allem fachlich fundierter Kolleginnen und Kollegen zu geben. *GdP Sachsen*

VORRATSDATENSPEICHERUNG:**Unerlässlich**

Als unterste zeitliche Grenze halten die europäischen Länder nach Einschätzung der GdP eine mindestens sechsmonatige Speicherung von Telefon- und Internetdaten zur Terrorismusbekämpfung für erforderlich. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „In Deutschland kämpfen wir aufgrund des Widerstandes aus der FDP darum, überhaupt auf solche Daten zur Bekämpfung und Verhinderung schwerster Kriminalität zugreifen zu können.“

Bei den bekanntgewordenen Plänen der EU-Kommission zur Änderung der Vorratsdatenspeicherung gehe es nach der EU-Innenkommissarin Ceci-

lia Malmström darum, den Spielraum der Regierungen bei der Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung von derzeit mindestens sechs auf höchstens zwei Jahre einzuzugrenzen.“

Witthaut: „Durch das Koalitionsgerangel in Deutschland stehen uns diese Daten derzeit überhaupt nicht zur Verfügung, obwohl die EU die Vorratsdatenspeicherung für unerlässlich hält.“ Das habe u.a. im Fall des entführten Mirco aus Greifarth die Ermittlungen erschwert, weil die Beamten nicht mehr auf die Verbindungsdaten seines gefundenen Mobiltelefons vom Tag des Verschwindens zurückgreifen konnten. *red.*

WARNUNG VOR ÜBERFORDERUNG:**Politik wälzt immer mehr Sozialarbeit auf die Polizei ab**

Die spürbare Neigung der Politik, immer mehr sozialpolitische Themen der Polizei zu überlassen, kritisierte Dr. Marwan Abou Taam in einem mehrstündigen Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Die einfache Antwort auf die Frage „Warum?“ lautet: „Weil es sonst keiner macht – zumindest nicht so engagiert,

verlässlich und solide wie die Polizei.“ Das gelte vor allem für die zahlreichen Integrationsprojekte, darunter auch „Fahrradfahren mit muslimischen Frauen.“

Es sei eine europäische Besonderheit, so der Politologe, Volkswirt und Islamwissenschaftler, der 1975 in Beirut geboren wurde. „Die französische Polizei zum Beispiel ist Polizei – gegenüber jedem.“

Er warnt vor der Überforderung der Kolleginnen und Kollegen, denen solche Aufgaben übertragen werden und die sie sehr ernst nehmen. Dr. Abou Taam: „Der Polizeibeamte wird zum Soziologen, Ethnologen, Therapeut bis hin zum Außenpolitiker. Als Amtsträger einer wichtigen Deutschen Institution darf er dabei nichts falsch machen.“ *hol.*



In unserer Polizei ist nichts faul!

Wir erleben in Deutschland zurzeit eine politische Misstrauenskampagne gegen Polizistinnen und Polizisten. Sie richtet sich genau gegen die, denen von den Bürgern weit mehr Vertrauen entgegengebracht wird als denjenigen, die diese Kampagne forcieren:

Polizisten sollen Namensschilder tragen, das ist der Trend, auf den Politiker quer durch die Parteien springen und sich in einigen Ländern

bereits durchgesetzt haben. Nicht nur ich frage mich, warum? Wer zieht hier wessen Fäden?

Die Kennzeichnungspflicht – sogar namentliche! – mit Transparenz und Bürgernähe zu bemänteln, ist scheinheilig. Wir haben eine transparente und bürgernahe Polizei in

Deutschland! Wer dem widerspricht, hat offenbar ein recht einseitiges Bild von Polizeiarbeit; er hat nur Einsätze im Blick, in denen Polizei bis zur Grenze ihrer Belastung für Recht und Ordnung zu sorgen hat – und zwar in einem Umfeld, das oft eben nicht nur auf höfliche Aufforderungen reagiert.

Es geht offenbar darum, dass polizeiliche Übergriffe, die in den Augen Betroffener oder Unbeteiligter nicht gerechtfertigt waren, einfacher anzuzeigen und zu ahnden sein sollen. Solche Übergriffe passieren äußerst selten – aber die werden dann so oft und heftig publiziert, dass man meint, das gehöre zur alltäglichen Polizeipraxis. Unbestritten auch, dass es vereinzelt Fälle gibt, wo die Aufklärung schwieriger ist, weil sich Kollegen gegenseitig zu schützen versuchen. Aber es gibt keine Handvoll von Fällen, in denen wegen vermeintlichen Korpsgeists solche Vorkommnisse nicht aufgeklärt werden konnten!

Und dennoch wird die Kennzeichnungspflicht durchgesetzt, mit einer

geradezu stoischen Ignoranz möglicher Folgen. Dagegen setzt sich unsere Gewerkschaft deutlich zur Wehr. Unsere Positionen dazu kann jeder nachlesen (s. S. 11).

Empört bin ich aber auch, weil das in einer Zeit stattfindet, in der die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Deutschland Dimensionen wie noch nie in der Geschichte angenommen hat. Vom Dienstherrn dürften die Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass er sich hinter sie stellt. Stattdessen werden sie unter Generalverdacht gestellt und zur besseren Identifizierbarkeit mit Namen und Nummern versehen – gut auszuspähen für das polizeiliche Gegenüber, das u. a. in Berlin alljährlich einen Polizeibericht verfasst, in dem nicht nur Interna der Behörde verbreitet werden, sondern auch offen „gelehrt“ wird, wie Polizei am besten angegriffen werden kann. Das wird allerdings „gelassen“ hingenommen, wie ich der Tagespresse entnehmen musste.

Die Kennzeichnungspflicht empfinde ich aber nicht nur als Zumutung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Ich empfinde sie auch als Misstrauensvotum gegenüber unserem demokratischen Staat insgesamt. Wer Polizistinnen und Polizisten zur besseren Identifizierung kennzeichnen will, misstraut auch ihrer gründlichen staatsrechtlichen Ausbildung und dass sie diese Ausbildung in die Praxis umsetzen. Mit anderen Worten: Politiker, die die Kennzeichnungspflicht forcieren, meinen offenbar, in dem Staat sei insgesamt etwas faul.

Was allerdings „faul“ ist, das haben wir in unserer täglichen Arbeit vor Augen: Extreme Überlastungen, permanenter Personalmangel und eine Bezahlung, die den polizeilichen Anforderungen bei weitem enorm hinterherhinkt. Darum sollte sich die Politik kümmern, wenn sie weiterhin an guter, bürgernahe Polizeiarbeit interessiert ist.

Bernhard Witthaut,
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Polizei im NS-Staat, DP 5/11

Es ist aus heutiger Sicht unvorstellbar, wie grausam Polizeiangehörige unter dem Naziregime gegen wehrlose deutsche und ausländische Zivilisten vorgegangen sind. Einen ersten Eindruck davon bekamen wir, die wegen „der Gnade der späten Geburt“ unbelastete Polizei-Generation, allerdings schon in den 60er-Jahren, als Verhaftungen durch Vertreter der NRW-Schwerpunktstaatsanwaltschaft Dortmund im dienstlichen Umfeld stattfanden. Die erst jetzt umfangreiche Aufarbeitung beweist wohl auch, dass der den Tätern anerzogene „Kadaver-Gehorsam“ jede Gewissensregung ausgeschaltet hat.

Dieter Block, Detmold



Es ist ganz sicherlich zu würdigen, dass das Thema „Polizei im Nationalsozialismus“ nun in einer zentralen Ausstellung in Berlin präsentiert und damit auch endlich bundesweit von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird – und ich freue mich, dass auch die GdP ihre Mitglieder auf dieses ebenso wichtige wie traurige Kapitel der Polizeigeschichte umfassend hinweist. Übersehen wird in der Berichterstattung der „Deutschen Polizei“ allerdings vollkommen, dass es vor allem in Nordrhein-Westfalen aber auch in einigen anderen Bundesländern in den letzten gut 10 Jahren bereits zahlreiche erfolgreiche Forschungs- und Ausstellungsprojekte zum Thema gegeben hat, die nicht nur beachtliche Ergebnisse erzielt und überregionale anerkennende Beachtung gefunden haben, sondern zugleich wohl auch – neben den umfangreichen überregionalen Forschungsergebnissen – eine wesentliche Grundlage der in Berlin gezeigten Schau sind. So hat beispielsweise das Innenministerium des Landes NRW schon Mitte der 1990er Jahre mehr als 500.000 DM aufgewendet, um das vom Polizeipräsidium Köln angestoßene Projekt „Wessen Freund und wessen Helfer? – Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus“ zu fördern. Der auf hohem wissenschaftlichen Niveau verfasste, immerhin 675 Seiten umfassende Aufsatzband, stellt eine Zusammenstellung der Forschungsergebnisse dar, die neben dem lokalen und regionalen Handeln von Schutz- und Kriminalpolizei auch den Blick auf den Einsatz der Polizeibataillone in West- und Osteuropa sowie auf den Neuaufbau



der Polizei nach 1945 wirft. Die darüber hinaus erstellte und ab 2000 gezeigte Begleitausstellung veranschaulicht die Ergebnisfülle und bietet Besuchern die Möglichkeit, selbst in (faksimilierten) Akten zu blättern. Dieses Projekt war auch bahnbrechend für eine neue Art der Zusammenarbeit von Polizeiangehörigen, Historikern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern und schuf eine bis dahin unbekannte Transparenz und Öffentlichkeit für das Thema. Das Kölner Projekt wiederum war damit wegweisend für zahlreiche weitere Projekte in NRW (und darüber hinaus). Einige seien hier genannt und gewürdigt:

Mit dem „Geschichtsort Villa ten Hompel“ in Münster hat NRW eine Bildungsstätte, die sich seit über 10 Jahren intensiv der Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten zum Thema „Polizei im Nationalsozialismus“ widmet. Das Polizeipräsidium Düsseldorf zeigt seit 2007 eine Dauerausstellung zum Thema („Dienst am Volk?“), die Polizeipräsidien Recklinghausen („Mit Sicherheit in Ordnung“, 2003), Wuppertal, Oberhausen („Von Mauern und Menschen“, 2009) haben kleinere „Aufarbeitungen“ vorgenommen, die Polizei und das Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen („Städtische Gesellschaft und Polizei“, 2005) und – ein Beispiel hervorragender privater Initiative – Polizeibeamte und Historiker in Bonn („Kurzerhand die Farbe gewechselt“, 2006) haben größere Projekte zum Thema durchgeführt.

Andreas Brings, per E-Mail



Auch für mich ist es unbegreiflich, warum mit der Aufarbeitung der Polizeigeschichte im NS-Staat erst nach 66 Jahren begonnen wird. Aufgrund dieses Zeitablaufes könnte sich durchaus der Verdacht aufdrängen, dass damit so lange gewartet wurde, bis auch der letzte Polizeibeamte, der für diese Verbrechen damals Verantwortung getragen hatte, nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Ich kann die Ausführungen des Autors, Herrn Andreas Mix, insbesondere seinen Hinweis, dass auch beim Wiederaufbau der Polizei nach dem Krieg schon bald auf einen Großteil des alten Personals zurückgegriffen wurde, nur voll bestätigen. So heißt es in dem Artikel: „Die Polizei in der Bundesrepublik stand in ihren ersten

beiden Jahrzehnten in personeller Kontinuität zum NS-Staat.“

Die Entnazifizierung hatte eigentlich die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands nach dem II. WK zum Ziel. In den Westzonen lief das in der Tat erheblich lockerer ab als in der Ostzone. Die so genannten „131er“ konnten in Westdeutschland einschließlich Westberlin trotz ihrer Tätigkeit während der NS-Zeit wieder als Beamte in den Staatsdienst übernommen werden

Ich habe es am eigenen Leibe erfahren dürfen, als ich 1965 in den Dienst der (West-)Berliner Bereitschaftspolizei eintrat, dass Befehl und Gehorsam, Gruppendruck und Korpsgeist, Loyalität mit den alten Kameraden, die in der Regel aufgrund ihres Dienstaltes meistens Vorgesetzte waren, die vorherrschende Mentalität in der Polizei darstellte.

Die Berliner Bereitschaftspolizei war damals ein Sammelbecken für bereits im Dritten Reich gediente Polizisten und Wehrmachtssoldaten/-offiziere. Ich habe die damaligen zackigen Ausbilder auch heute noch in guter Erinnerung, noch heute klingt mir das über mehrere Kilometer zu hörende markige Gebrüll ihrer Kommandos in den Ohren (siehe auch: „Dein Freund und Helfer“, Roman, Battert Verlag Baden-Baden, ISBN 3-87989-311-X).

Die in dem Artikel genannten zwei Jahrzehnte der personellen und mentalen Kontinuitäten zum NS-Staat entsprechen auch meinen Beobachtungen. Ende der sechziger Jahre hat es eine äußere Einwirkung auch auf die Polizei gegeben, die alle überkommenden Werte in Frage gestellt hat: das war die 68er-Bewegung. Diese Bewegung hat in der Gesellschaft, aber auch in den Behörden einen Demokratisierungsprozess ausgelöst. Dennoch scheint es in der Folgezeit in den Chefetagen weiterhin Bestrebungen gegeben zu haben, eine Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Polizei zu verhindern bzw. zu verzögern.

Es sollte nunmehr auch der Frage nachgegangen werden, warum erst jetzt und nicht bereits mit dem Ausscheiden dieser Generation aus dem Dienst in den 1980er Jahren mit der Aufarbeitung begonnen wurde.

Detlef Schmidt, per E-Mail



Mit großem Interesse habe ich den Artikel „Freund und Henker“ gelesen und finde ihn mehr als sehr gut.

Ich habe mit wachsendem Interesse fast

einen Ordner rund um das Diensthandwesen zwischen 1918-1945 zusammengetragen und mich zwangsläufig auch mit den politischen und gesellschaftlichen Problemen der Weimarer Republik und der Zeit danach auseinander gesetzt und kann dem o.a. Artikel nur zustimmen. Es zeigt mir, wie wichtig es ist, für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung einzutreten.

Andreas Winkler, per E-Mail

Zu: Chronische Überlastung stoppen, DP 5/11

Die Studie sagt eigentlich nichts Neues und kann mit kleinen Einschränkungen auf die Länderpolizeien übertragen werden. Alles Probleme, die wir seit Jahrzehnten vor uns herschieben oder hinter uns herschleppen. Motivationsverlust, Perspektivlosigkeit und fachliche Überforderung waren schon immer Thema. Oder einfacher gesagt: An Personal, Material und Kompetenz mangelte es schon immer. Und durch den Polizeialltag geisterten schon immer Schlagwörter wie Gehaltsverzicht, Überstunden, vorzeitiger Ruhestand, frühzeitige Kündigung, Zwangsversetzung, ungerechtes Beurteilungssystem oder benachteiligter Tarifbereich. Wir schafften uns immer wieder ohne Not Probleme, die wir dann aufwändig zu lösen versuchten.

Anpassungsbereitschaft und geistige Flexibilität, Mobilität und Lernfähigkeit waren von uns schon immer gefordert. Aber all das machten wir wett durch unsere positive Einstellung und unseren Ide-

Fortsetzung auf Seite 28

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



LINKSEXTREMISTEN AM 1. MAI

Von Friedlichkeit keine Spur

Mehrere hunderttausend Menschen nutzten das Wochenende zum 1. Mai 2011 in ganz Deutschland, um für ihre unterschiedlichsten politischen Ziele auf Straßen und Plätzen zu demonstrieren. Weitaus mehr gönnten sich am „Tag der Arbeit“ einen Tag der Entspannung und Erholung. Für die Polizei war er alles andere als das.

Mit einem Aufruf für „Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit“ kamen die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) dem eigentlichen Sinn des Feiertages noch am nächsten.

es, die die Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft sichern. Dieser Tag darf nicht von Gewalttaten extremistischer Minderheiten überschattet werden.“

Dass der 1. Mai nicht von Gewalt und

In Greifswald, Heilbronn, Halle und Bremen, um nur einige Orte zu nennen, marschierten eine vergleichsweise Handvoll Neonazis und NPD-Mitglieder, denen sich zigtausende Bürgerinnen und Bürger entgegenstellten. Diese eindeutige Haltung einer Zivilgesellschaft gegen Extremisten, auf die benachbarte Länder in Europa stolz wären, benutzen regelmäßig jedoch auch andere Extremisten, die unter der Tarnkappe von „Antifaschismus“ und „Antikapitalismus“ ihr politisches Süppchen kochen und vor allem eines wollen: Die „Überwindung“ bestehender Verhältnisse und die Auseinandersetzung mit der Polizei.

Nirgendwo treten solche Absichten deut-

*Einsatz bei der traditionellen „revolutionären 1. Mai-Demonstration“ in Berlin 2011
Foto: Axel Schmidt/ddp*



Sie zählten über 400.000 Menschen, die ihrem Protest über eine unsoziale, ungerechte Politik Luft machten und die Bundesregierung aufforderten, ihre Blockadehaltung gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aufzugeben. Auch GdP-Bundvorsitzender Bernhard Witthaut, der auf der zentralen DGB-Kundgebung des Saarlandes in Saarbrücken zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sprach, mahnte: „Der 1. Mai ist ein Tag, die Leistungen und berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herauszustellen. Sie sind

Zerstörung überschattet wurde, dafür sorgten zehntausende Polizistinnen und Polizisten, die drei Tage quer durch die Republik von einem Einsatzort zum anderen hetzten. Ein wenig Erleichterung verschaffte den Einsatzkräften die nach intensiven und kooperativen Gesprächen der GdP mit dem Deutschen Fußballbund erzielte Übereinkunft, den Spielbetrieb für den 1. Mai auszusetzen. Den Verzicht auf einen Fußballsonntag verdankten die Fans eben jenen extremistischen Minderheiten, von denen Witthaut in Saarbrücken sprach.

licher zu Tage, als in Hamburg und Berlin. Regelmäßig beobachtet die Polizei – in Berlin schon fast seit einem Vierteljahrhundert – dass die Aufzüge im vorderen Bereich von organisierten Linksextremisten aus der sogenannten „Antifa“ gebildet werden, während der restliche Aufzug, so die Polizei: „ein heterogenes Bild aus Personen verschiedener Bereiche der ‚linken Szene‘, Anwohnern und unpolitischen Teilnehmern wiedergibt.“

Der gewalttätigste Aufzug, die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“, die traditionell am 1. Mai um 18 Uhr in Kreuzberg beginnt, wurde aus dem Umfeld der Linkspartei angemeldet. Weder Ort noch Zeit sind Zufall: Seit Jahren wehren sich die Bewohner des bunten Stadtteils gegen die Zerstörungswut der Chaoten mit einem „Myfest“, das zehntausende Besucher



LINKSEXTREMISTEN AM 1. MAI

anlockt. Sie sind die Bilder von brennenden Autos, Mülltonnen und Barrikaden, eingeschlagenen Fensterscheiben, Plünderungen von Geschäften und von Steinwürfen zerstörten Fassaden, die den Stadtteil in der ganzen Welt zur traurigen Berühmtheit machten, so leid wie eine Steuerprüfung.

Das „Myfest“ der Kreuzberger als Bollwerk gegen Gewalt ist den Antifas seit langem ein Dorn im Auge. Immer wieder muss die Polizei Versuche des schwarzen Blocks verhindern, in die Menge der friedlich Feiernden einzudringen und sie als Kulisse und Schutz für Gewalttaten zu missbrauchen.

Auch die Startzeit dieser sogenannten revolutionären Demo ist ein taktisches Manöver. So kann regelmäßig die Veranstaltung offiziell und für den Anmelder folgenlos beendet werden, um dann im Schutz der einbre-



Vermummt auf dem Myfest in Berlin

Foto: Berthold Stadler/ddp

chenden Dunkelheit gegen die Einsatzkräfte loszuschlagen. Für die Polizei ist das und zu diesem Zeitpunkt die schwie-

rigste Einsatzlage schlechthin. Tausende feiernde Myfest-Besucher, von der Mutter mit Kleinkind bis zu Oma und „erlebnisorientierte“ Kinder und Jugendliche können den Stadtteil in einen Hexenkessel verwandeln, wenn die Einsatztaktik der Polizei versagt und die Gewalttäter Boden gewinnen. „Erlebnisorientiert“ ist übrigens die euphemistische Umschreibung der Polizei für: total besoffen und risikoblind.

Am 1. Mai 2011 ging die Einsatztaktik der Polizei auf. Rund 7.000 Beamte, davon knapp 3.000 Einsatzkräfte aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Bayern und Schleswig-Holstein sowie der Bundespolizei hatten die Lage und vor allem die Gewalttäter im Griff. Zurückhaltung, solange es friedlich ist, Schutz von Unbeteiligten, konsequentes Einschreiten bei dem geringsten Anzeichen einer Gewalttat sowie ausreichende Präsenz ist die Erfolgsformel der Berliner Polizei.

In Hamburg, wo es um die berühmte und berüchtigt gewordene „Rote Flora“ im so genannten alternativen Schanzenviertel ging, hatte sich die Polizei mit der Ausweisung des betroffenen Gebietes zur „Gefahrenzone“ erweiterte Eingriffsmöglichkeiten verschafft. In einem solchen Gebiet können Personen kurzfristig ange-

„Ganz Berlin hasst die Polizei“, brüllen 3.000 schwarz gekleidete, zumeist junge Menschen. Das Echo verstärkt den beklemmenden Eindruck der hasserfüllten Parole. Mir fährt durch den Kopf: Welch ein medialer Aufschrei wäre anderntags zu vernehmen, wenn der schwarze Block nicht „die Polizei“, sondern eine andere Gruppe zum Ziel der Attacke hätte?

Ich stehe am Rande der sog. revolutionären 1.-Mai-Demo, die im Jahr 2011 von Kreuzberg ins benachbarte Nord-Neukölln führt. 10.000 selbsternannte Sozialrevolutionäre versuchen damit, das Migrantenmilieu des verarmten Berliner Stadtteils zu erreichen. Vergeblich, wie die Bilanz des 1. Mai später ausweisen wird. Über Stunden höre ich eine unendliche Zahl von Beleidigungen gegenüber den eingesetzten Polizeikräften: „Arschloch“, „Scheiß-Bulle“ und „fette Sau“ stellen nur eine minimale Auswahl der Begrifflichkeiten dar, die teilweise direkt ins Gesicht der sich durchaus im

Hintergrund haltenden Polizeibeamten gebrüllt werden. Niemand schreiet ein. Die fortwährende Beleidigung und Provokation prallt scheinbar gleichgültig am Einsatzanzug ab. Später komme ich mit einem Kollegen ins Gespräch, der mir sagt, dass er jede einzelne Beleidigung natürlich höre, sie ihn auch persönlich treffe und er nur zu gerne dem Legalitätsprinzip nachkommen würde. Aber die Einsatztaktik sei eben eine andere.

*Die Berliner Politik feiert sich am nächsten Tag selbst. Noch nie sei seit 1987 ein 1. Mai in Berlin so friedlich gewesen. Was ist daran friedlich, wenn Polizeibeamte stundenlang und tausendfach bepöbelt, bespuckt und beleidigt werden? Warum drückt sich die Berliner Politik um die Diskussion, dass sich 10.000 junge Menschen in offener Gegnerschaft zur Polizei befinden und warum lassen wir es aus sog. Deeskalationsgründen zu, dass Straftaten nicht verfolgt und Vermummte gegen das Uniformverbot in Demonstrationen verstoßen? **Sascha Braun***



halten, befragt, ihre Identität festgestellt und mitgeführte Sachen in Augenschein genommen werden, so das Hamburger Sicherheits- und Ordnungsrecht. Am Ende des Tages zogen der Berliner Innensenator Ehrhart Körting und Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch nach den polizeilichen Einsätzen in der Walpurgisnacht und am 1. Mai eine „positive Bilanz“. Auch der Hamburger Polizeipräsident Werner Jantusch sah „ein positives Fazit“. Die GdP hingegen zeigte sich „entsetzt über die Gewaltbereitschaft und Menschenverachtung tausender schwarz gekleideter und vermummter Chaoten in Hamburg und Berlin“.

Wer war da auf der falschen Veranstaltung?

Richtig ist, dass die Anzahl von Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Festen, Demonstrationen und Veranstaltungen in Berlin in der Walpurgisnacht und am 1. Mai wie schon im vorigen Jahr rückläufig war. Die Beamtinnen und Beamten haben 161 Personen festgenommen, in 180 Verfahren ermitteln sie u.a. wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. 100 Polizisten wurden leicht verletzt.

Auch in Hamburg verlief das 1. Mai-Wochenende ruhiger als erwartet. 73 Festnahmen, 78 Personen in Gewahrsam, 15 verletzte Polizisten und 46 abgebrannte Autos. Sieben mutmaßliche Brandstifter nahm die Polizei fest. Sie sind zwischen 15 und 32 Jahre alt.

Richtig ist aber auch, dass die Einsatztaktik erfolgreich und der Kräfteansatz offensichtlich ausreichend waren. Nicht nur Berliner Einsatzkräfte wissen, dass jede Lücke, jeder Fußbreit Boden, jedes Zögern beim Einschreiten, von den Linksextremisten mit brutaler Gewalt beantwortet wird. In beiden Städten warfen sie Steine und Flaschen auf die Kolleginnen und Kollegen und beschossen sie mit Feuerwerkskörpern. In beiden Städten wurden im Vorfeld Polizisten und Polizeieinrichtungen angegriffen, bis hin zu einem Brandanschlag auf eine Polizeiwache in Berlin, bei der nur um Haarsbreite ein Mensch um schwerste Verletzungen herumgekommen war. In beiden Städten wurden Einsatzkräfte bespuckt, beleidigt, verhöhnt. Tausende Vermummte brüllten in Kreuzberg „Ganz Berlin hasst die Polizei“. Von Friedlichkeit keine Spur.

Rüdiger Holecsek

Bedenkliche Eigendynamik

Zu den Ausschreitungen am 13. und 19.2.2011 in Dresden

Als Polizeikommissars-Anwärter Florian Hoffmann sich während seines Nachtdienstes im polizeilichen Intranet einen Beitrag darüber ansah, wie schwer es die eingesetzten Beamten hatten, rechte Demonstranten und linke Gegendemonstranten am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden auseinander zu halten und Politiker auftraten, die vor den Kameras äußerten, dass nach „ihrer Rechtsauffassung die dort aufmarschierten Rechten kein Demonstrationsrecht hätten, war er ziemlich verärgert. Weil es doch letztlich die Politiker sind, die zumindest mittelbar für das bestehende Recht verantwortlich sind und damit auch zu verantworten haben, dass die Polizei z. B. die Nazi-Aufmärsche zu schützen hatte. Seine Gedanken hat er in dem nachfolgenden Artikel niedergeschrieben.

Das Grundgesetz zählt zu den vorbildlichsten weil am meisten ausgereiften Gesetzeswerken der Welt. Nicht zuletzt aus diesem Grund war und ist es Vorbild

standes gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Die Grenzen dieser Rechte sind allerdings klar festge-



Aufruf zu rechtswidrigen Blockaden

Foto: Matthias Hlekel/dpa

der Verfassungen vieler Staaten. Es legt zum einen den Rahmen fest, wie unser Zusammenleben funktioniert. Zum anderen gewährt und garantiert es dem Einzelnen in unserer Gesellschaft verschiedene elementare Rechte – u. a. das Recht auf freie Meinungsbildung und -äußerung sowie das Recht, sich frei versammeln und seine (politische) Meinung – mit gewissen Einschränkungen – kund tun zu dürfen. Es gewährt uns sogar das Recht des Wider-

legt. Da, wo dies nicht eindeutig der Fall ist, definieren sie die Gerichte. Ihnen allein gebührt diese Aufgabe.

Wie kann es also sein, dass sich Politiker, die aufgrund der vom Grundgesetz festgelegten Regeln überhaupt erst in ihr Amt kamen, öffentlich feststellen, dass „ihrer Rechtsauffassung nach“ gewisse politische Gruppierungen überhaupt nicht demonstrieren dürfen? Und das, obwohl



die zuständigen Gerichte vorher exakt das Gegenteil entschieden haben? Wie kann es sein, dass diese Politiker für sich entscheiden, solche genehmigten Kundgebungen teilweise sogar mit ihrem Körper verhindern zu dürfen? Sie wenden sich damit gegen den von ihnen höchstpersönlich verkörperten Staat, gegen ihr eigenes Rechtssystem, und sie stellen sich denen in den Weg, die selbiges von Gesetzes wegen verteidigen und durchsetzen müssen.

Die seichte Umschreibung

„Ziviler Ungehorsam“ heißt die Zauberformel und beschreibt einen scheinbaren Rechtfertigungsgrund, der es offenbar jedem erlaubt, sich über jedwede Regel hinwegzusetzen, die ihm nicht genehm ist oder die er schlichtweg nicht nachvollziehen kann. Das aber stellt bereits den Grundgedanken eines jeden organisierten Zusammenlebens in Frage. Eine gewisse Organisation ist nämlich notwendig, um Frieden und Wohlstand für möglichst alle Mitglieder einer Gemeinschaft möglich zu machen. Da aber nicht jeder bei allen Entscheidungen mitreden kann – dies wäre zum einen organisatorisch nicht möglich; zum anderen hat nicht jeder den dafür erforderlichen Sachverstand – müssen gewisse Entscheidungen von „Spezialisten“ wie etwa Richtern, Wissenschaftlern oder erfahrenen Praktikern getroffen werden. Ein Bauchgefühl kann dabei zwar die erste Richtung einer Entscheidung vorgeben und eine solche letztendlich „rund“ erscheinen lassen. Es kann aber nicht die ausschlaggebende Entscheidungsgrundlage sein. Denn ein solches Gefühl mag demjenigen, der es hat, absolut richtig erscheinen. Für viele andere aber wird es nicht nachvollziehbar und damit auch nicht akzeptabel sein.

Vielmehr als ein „Bauchgefühl“ ist es aber nicht, was viele Menschen dazu verleitet, sich ordnungsgemäß angemeldeten Demonstrationen und letztendlich auch der Polizei in den Weg zu setzen. So „edel“ es auf den ersten Blick manchmal auch erscheinen mag. Vielmehr stellt eine solche Sitzblockade unter gewissen Voraussetzungen bereits „Gewalt“ dar – auch wenn Einzelne anscheinend fest davon überzeugt sind, „doch nur das einzig (moralisch) Richtige zu tun...“ Ein solches „moralisches Widerstandsrecht“ gibt es aber nicht bzw. die Voraussetzungen des im Grundgesetz in dieser Hinsicht existierenden Rechts sind in den hier in Frage stehenden Fallkonstellationen mitnichten erfüllt. Zudem stellen „Moral



und Anstand“ per se keine taugliche weil nicht allgemein anerkannte Handlungsgrundlage dar.

Folglich muss die Polizei aber als ausführender Arm von Staat und Gesetz jeden im wörtlichen Sinne „aus dem Weg räumen“, der sich denen in den Weg stellt bzw. setzt, die ihre auf Gemeinschaftsrecht begründeten Grundrechte ausüben. So ist es in verschiedenen von unseren Volksvertretern und damit letztendlich von uns allen beschlossenen Gesetzen festgelegt worden. Niemand hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob das, was die Mehrheit in komplizierten, weil möglichst gerechten Verfahren festgelegt hat, für ihn gelten soll oder nicht. Auch und schon gar nicht einzelne Politiker. Vielmehr haben gerade sie die Möglichkeit, Gesetzesänderungen etc. in die Wege zu leiten, um bestehendes Recht zu ändern. Aber auch der Einzelne, der warum auch immer der Meinung ist, das geltende Recht sei falsch, hat die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden, um etwas zu verändern.

Das wiederum ist allerdings anstrengend und erfordert Geduld, Kraft, Mühe, Ausdauer und Nerven. Da ist es natürlich einfacher, sich wie ein trotziges Kind auf die Straße zu setzen und zu plärren: „Ich will aber!“ bzw. „Ich will aber nicht.“ Dieser Unmut steigert sich nicht selten bis in das Stadium, in dem solche „Proteste“ ausgenutzt werden, um persönlichen Frust heraus lassen zu können über das eigene

Sie machte es vor und der Polizei schwer: Die Bundesvorsitzende von Bündnis90/ Die Grünen, Claudia Roth (M), hatte am 8.11.2008 vor dem Eingang zum Zwischenlager in Gorleben (Kreis Lüchow-Dannenberg) an einer Sitzblockade teilgenommen. Foto: Marcus Brandt/dpa

Unvermögen und die Unfähigkeit, etwas zu verändern. Blinder Hass und feige Zerstörungswut gegenüber allem und jedem, der ein geordnetes Zusammenleben verkörpert, sind oftmals die Folge.

Andere Wege

Dabei gibt es so viele einfache Wege über friedliche Proteste, Großdemonstrationen, Unterschriftenaktionen, Medienkampagnen und soziale Projekte etwas zu verändern und zudem dem politischen Gegner zu schaden, indem man ihm seine Aktionsfelder entzieht und ihm darüber hinaus keinerlei Angriffsfläche bietet.

Großdemonstrationen könnten etwa überall da abgehalten werden, wo „Rechte“ nicht marschieren. Aktionen wie das Verschließen und Verhängen von Türen und Fenstern auf der gesamten Strecke eines Neonaziaufmarsches und damit dessen völlige Nichtbeachtung haben schon oft viel mehr Wirkung gezeigt als jedes gewaltsame Sich-in-den-Weg-Stellen.

Interessant erscheint in dieser Hinsicht übrigens, dass die „Autonome Linke“ in Dresden zwecks Organisation ihrer Gewaltexzesse eine Kommandozentrale



unterhielt, welche fast identisch mit der polizeilichen war. So wurden von dort aus die „Aktionen“ der Autonomen mittels Computer, CB-Funk, Lageplänen und Kartenmaterial sowie einem Ablaufkalender und sogar einer Kräftegliederung koordiniert und geführt. Auch die Autonomen Linken, die ja gerade jede irgendwie geartete „Bevormundung“ und damit eben auch jede Form von staatlicher Organisation ablehnen, scheinen nicht ohne eine solche auszukommen. Vielmehr kristallisiert sich immer mehr heraus, dass hier nicht für mehr Freiheit des Einzelnen etc. gekämpft, sondern der jetzige Staat durch ein anderes Machtgefüge ausgetauscht werden soll. Dabei werden exakt die Methoden angewendet, die dem eigenen Gegner ständig vorgeworfen und nicht selten als Schwäche ausgelegt werden.

Und noch etwas:

Wen glaubt die „Autonome Linke“ eigentlich auf Seiten des Staates, seiner Gerichte und seiner Polizei vor sich zu haben und zu bekämpfen? Lauter gewalttätige Neonazis ohne Anstand und Gehirn, welche den Beruf nur gewählt haben, weil sie sich an der mit ihm scheinbar verbun-



Bundestagsvizepräsident Thierse hatte sich 2010 am 1. Mai medienwirksam zur Blockade gegen den Aufzug der Rechten niedergelassen. Foto: Holecek

An dieser Stelle sei angemerkt, was eigentlich unausgesprochen selbstverständlich sein sollte: Für das extrem rechte politische Lager gilt natürlich dasselbe wie für das extrem linke. Der Verfasser verwahrt sich ausdrücklich dagegen, hier in irgendeiner Weise eine Lanze für die „rechte Seite“ brechen zu wollen. Thema dieses Artikels ist nun aber die Gewalt gegen Polizisten und unser staatliches System insgesamt, welche aktuell eben in erster Linie von linken Extremisten ausgeübt wird.

Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen jedenfalls sind selbstverständlich weder „machtgeile gewalttätige Idioten“, noch kommen sie mit einer irgendwie rechtsgearteten politischen Gesinnung zur Polizei. Erst der von ihnen erlebte Alltag – vor allem aber der Umstand,

dass sie immer wieder erleben müssen, wie sie zur Zielscheibe von Frust, Hass und Gewalt gegen den Staat werden – prägt sie und drängt sie oftmals nahezu in eine konservative Richtung. Mit braunem

Gedankengut hat das jedoch nicht das Geringste zu tun. Ganz im Gegenteil. Denn wer Polizeibeamter oder Polizeibeamtin wird, ist in aller Regel von unserem demokratischen Wertegefüge samt seiner politischen Ordnung zutiefst überzeugt und möchte dieses aktiv bewahren. Entsprechend hat er oder sie nicht das geringste Interesse daran, für die „Nazis“ in die Bresche zu springen. Die Polizei ist aber von Gesetzes wegen verpflichtet, die Rechte derjenigen zu schützen und notfalls eben auch durchzusetzen, die sich – wenn auch am äußersten Rand – aber eben immer noch im Rahmen des geltenden, von uns allen legitimierten Rechts bewegen.

Ob sie das tun, können wiederum nur diejenigen beurteilen, die dazu ausgebildet sind und ebenfalls von uns dazu bestimmt wurden: Die Gerichte. Es wäre nun grotesk und völlig aus der Luft gegriffen, wollte man diesen aber unterstellen, sie wären in irgendeiner Weise „rechts“ eingestellt oder ähnliches. Gerade die Gerichte wachen nämlich darüber, dass Rechte wie Linke das Gesetz nicht überschreiten und uns und unserem Staat nicht schaden. Während die Polizei geltendes Recht anwendet und durchsetzt, bilden die Gerichte es darüber hinaus dort weiter, wo es notwendig ist – und zwar nach bestem Wissen und Gewissen. Das haben wir zu akzeptieren oder aber wir ändern es auf legalem Weg: Mittels der Ausübung unseres Wahlrechts oder indem wir selbst politisch aktiv werden. Solange jedoch gilt das bestehende Recht für uns alle – ob es uns passt oder nicht und ganz egal welcher politischer Couleur wir sind. **Florian Hoffmann**



Der sächsische Landtagsabgeordnete der Linken, Falk Neubert (3.v.l.), der Landesvorsitzende und Fraktionschef der SPD-Sachsen, Martin Dulig (4.v.l.) während einer Sitzblockade am 19.2.2011 in Dresden gegen einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremen. Foto: Arno Burgi/dpa

denen Macht aufteilen? Anscheinend. Schon allein das spricht allerdings für eine gewisse Blindheit, wenn nicht sogar Dummheit auf Seiten der „Autonomen“ – Linken wie Rechten.



Ein klares Nein zur Kennzeichnungspflicht

Amnesty International fordert seit geraumer Zeit, Polizistinnen und Polizisten individuell zu kennzeichnen. Diese Forderung machte sich auch im politischen Raum breit. Allerdings ohne sichtbar gleiche Interessenlage in einzelnen Parteien. Hatte z.B. die Berliner CDU im Januar dieses Jahres noch gefordert, dass der Senat den Polizeipräsidenten anweisen sollte, die Dienstanweisung zur individuelle Kennzeichnung der Polizisten zurückzunehmen, fordert die Brandenburger CDU dieselbe nun kategorisch ein.

Die GdP allerdings ist sich einig: Sie spricht sich eindeutig gegen eine Zwangskennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten aus. Das nachfolgende Positionspapier begründet die Ablehnung ausführlich.



Foto: J. Clasen

Die GdP lehnt die Forderung nach einer Identifizierbarkeit von Polizeikräften (Kennzeichnungspflicht) im Einsatz nach wie vor ab.

I.

Es ist unzweifelhaft, dass der Dienstherr grundsätzlich die Möglichkeit hat, über die Verpflichtung zum Tragen einer namentlichen Kennzeichnung jedes Polizeibeamten zu entscheiden. Bedingt durch die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland und die Tatsache, dass Polizei Ländersache ist, wird das Thema Kennzeichnungspflicht unterschiedlich in den Bundesländern gehandhabt. Auch wenn der föderale Aufbau der Polizei nach Auffassung der GdP nicht zur Disposition steht, wäre eine einheitliche Regelung aller Bundesländer nebst Bund

– und insbesondere eine einheitliche Ablehnung – der Kennzeichnungspflicht aus Sicht der GdP die einzig richtige Entscheidung. Die Vielfalt der unterschiedlichen Regelungen ist weder bürgerfreundlich noch vermittelt sie Gerechtigkeit beim Umgang des Dienstherrn mit seinen Beamten.

II.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht durch eine Zwangskennzeichnung insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des betroffenen Beamten verletzt.

a) Dieses Grundrecht unterliegt allerdings der Einschränkung durch das sog. Allgemeininteresse, d.h., der Einzelne hat nicht das allumfassende und abso-

COP® Specials ** Gültig vom 20.4. - 30.6.11

NEU ERÖFFNET! FRANKFURT Seit 1.3.11
COP SHOP /Main
Schloßstraße 83, Bockenheim

NEU voraussichtlich ab Mai 2011 lieferbar

Luminox Armbanduhr 8822 RECON POINT MAN Day Date
Art.-Nr. LU-8822
Mit selbstleuchtenden Tritiumeinlagen. Schwarzes Ziffernblatt, schwarzes Silikonband. Tachymeter zur Messung von Marschgeschwindigkeiten.

Aktionspreis € 249,90**
statt 299,95*

2 Vorteilspaket Handfesselschlüssel COP® ZT11P + Gearkeeper RT5
Art.-Nr. 310RT5ZT11P
COP® ZT11P Handfesselschlüssel passend für Standard US-Handfesseln und diverse Clejuso-Modelle. Gewicht: 8 Gramm, Gesamtlänge: 10 cm, Material: Aluminium-Legierung. **Micro Gearkeeper RT5 Cuff Key**: Seillänge 91 cm, Gehäuse: 3,6 x 3 x 1 cm (Hx B x T). Breite des Klettbandes: 15 mm. max. Belastbarkeit des Systems liegt bei 15 kg. Zugkraft ausreichend um Gegenstände bis 0,07 kg zurückzuziehen.

Aktionspreis € 19,90**
Preis bei Einzelbeschaffung: € 29,98

3 Einsatzhandschuh COP® CR212
Art.-Nr. 320212-Größe
Ultradünner Rindslederhandschuh mit einem schnitthemmenden Innenhandschuh der Kategorie 5 bietet Schutz rundum. CE-Prüfung nach EN388 am 09.06.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

4 Handschuhhalter COP® 9250/51
Art.-Nr. 219250 (Größe 1, vertikale Trageweise)
Art.-Nr. 219250-L (Größe 2, vertikale Trageweise)
Art.-Nr. 219251 (Größe 1, horizontale Trageweise)
Art.-Nr. 219251-L (Größe 2, horizontale Trageweise)
Glovekeeper für horizontale oder vertikale Trageweise in je 2 Größen aus reißfestem Nylon. Gürtelschlaufe mit Klettverschluss für Gürtel bis 50 mm Breite.
Größe 1 passend für dünnere Handschuhe.
Größe 2 passend für voluminösere Handschuhe.

Aktionspreis € 5,90**
statt 9,99*

COP Vertriebs-GmbH
Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
Telefon 08445-9296-0
Fax 08445-9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2011 * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

6 – 2011 Deutsche Polizei 11

lute Recht, über seine Daten, hier: die Veröffentlichung seines Namens, zu entscheiden. Vielmehr sind eine transparente staatliche Verwaltung oder angenehme Bürgerfreundlichkeit Ziele, deren Verfolgung den Dienstherrn berechtigt, seine Anordnungen zum Tragen einer namentlichen Kennzeichnung auszusprechen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache akzeptiert die GdP schon seit vielen Jahren, dass im Einzeldienst und ggf. auf freiwilliger Basis Namensschilder getragen werden sollen, oder dass an Türen zu Büros von Polizeibeamtinnen und -beamten Namensschilder auf die Identität des jeweiligen Beamten hinweisen. Entscheidend für die Akzeptanz der freiwilligen Kennzeichnung im Einzeldienst war und ist bis heute die Tatsache, dass im Einsatz der Bereitschaftspolizei bzw. bei geschlossenen Einheiten eben keine Kennzeichnungspflicht gegeben ist.

b) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist gleichwohl das grundgesetzlich normierte Recht, auf das die GdP ihre ablehnende Haltung gegenüber der Kennzeichnungspflicht stützt. Der unzweifelhaft vorliegende Eingriff in dieses Recht liegt bei ausnahmsloser Verpflichtung zum Tragen der namentlichen oder weiteren individuellen Kennzeichnung gerade darin, dass der Beamte keine Möglichkeit hat, auch im speziellen Einsatzfall die namentliche Identifizierbarkeit seiner Person auszuschließen.

Die im politischen Raum erhobene und auch von einigen Nichtregierungsorganisationen mit getragene Forderung nach Kennzeichnung von Polizeibeamten blendet aus, dass Polizistinnen und Polizisten während ihrer Einsätze aus vielerlei Blickwinkeln gefilmt oder fotografiert werden, diese Videos und Fotos nahezu unendlich lange im Internet abrufbar bleiben und so eine Verfolgbarkeit bis ins Private hinein sehr leicht möglich ist.

Während der Beamte durch die Verpflichtung zur namentlichen Kennzeichnung einen erheblichen Grundrechtseingriff akzeptieren soll, muss er zusätzlich auch ertragen, dass sein Recht am eigenen Bild durch das polizeiliche Gegenüber in mannigfaltiger Weise und teilweise äußerst lange verletzt wird, ohne dass ihm oder dem Dienstherrn eine effektive Rechtsschutzmöglichkeit bleibt. Gerade die modernen Medien und das Internet weisen ein starkes Maß von Anonymität und Nichtverfolgbarkeit von Rechtsverletzungen auf.

Angesichts der Tatsache, dass es dem

einzelnen Polizeibeamten im Zeitalter der Internetveröffentlichung nicht möglich ist, die Verletzung seines Rechts am eigenen Bild effektiv zu verfolgen bzw. sein Recht durchzusetzen, darf der Beamte auch nicht verpflichtet werden, seinen Namen derart preisgeben zu müssen, dass er neben der Verletzung seiner ureigensten Bildrechte auch noch die Verletzung seines Rechts auf namentliche Anonymität hinnehmen muss.

III.

Für die Gewerkschaft der Polizei stellt es darüber hinaus eine nicht akzeptable Zumutung für die Einsatzkräfte dar, wenn sie über ihren Dienst hinaus, permanent mit ihrer beruflichen Tätigkeit konfrontiert werden und in ihrer Freizeit Beschimpfungen, Sachbeschädigungen und Nachstellungen erleiden könnten. Es darf nicht übersehen werden, dass schon jetzt die Einsätze insbesondere von sog. geschlossenen Einheiten nahezu flächendeckend video- und fotografisch festgehalten und verbreitet werden.

Bei der Betrachtung solcher vor allem in der politisch radikalen und extremistischen Internetszenen abrufbaren Einsatzvideos fällt auf, dass einerseits Polizeikräfte durchaus detailliert zu erkennen sind, während das sog. polizeiliche Gegenüber oft durch das digitale Verwischen von Gesichtern unkenntlich gemacht wird.

Es ist eine Tatsache, dass schon heute einzelne Beamte persönlich ausgeforscht, Ihr Name und Ihre Privatanschrift ermittelt und in der der politisch extremen Szene veröffentlicht werden und polizeiliche Strukturen sehr weitgehend erfasst und ebenfalls veröffentlicht werden. Bereits aus Fürsorgegründen ist der Dienstherr aufgefordert, alles zu unternehmen, um der Möglichkeit des Ausgeforschtwerdens durch das polizeiliche Gegenüber einen Riegel vorzuschieben. Die Verpflichtung der Polizeibeamten, sich auch geschlossener Einheiten und bei Großlagen namentlich zu kennzeichnen bzw. zu individualisieren ist genau das Gegenteil dessen, was angesichts steigender Gewalt gegenüber der Polizei und einer sich radikalierenden Szene geboten ist.

IV.

Unbeachtet bleibt bei den Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht auch die negative Auswirkung der Maßnahme auf die Motivation der eingesetzten Beamten, insbesondere von geschlossenen Einheiten. Durch die flächendeckende videographische Beobachtung und digitale Speicherung von Einsatzgeschehen wird

von vielen einsatzerfahrenen Kolleginnen und Kollegen konkret befürchtet, massiv durch Beschwerden und Strafanzeigen insbesondere aus den politisch extremen Szenen unter Druck gesetzt zu werden. Es ist allgemein bekannt, dass Ermittlungen gegen Polizeibeamte stets zu einer Verzögerung z.B. von Beförderungen führen. Auch die mit Strafanzeigen einhergehenden internen Ermittlungen ziehen Stellungnahmen und Gespräche der betroffenen Kolleginnen und Kollegen nach sich. Dies zusammengenommen belastet den Berufsalltag und wird negative Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit und damit auch auf die Qualität der individuellen polizeilichen Dienstverrichtung der Kolleginnen und Kollegen haben.

V.

Wenn behauptet wird, dass eine Kennzeichnungspflicht die Aufklärung von polizeilichen Übergriffen überhaupt erst möglich machen könne, so muss dem entgegen gehalten werden, dass in unserem demokratischen Rechtsstaat in der jüngsten Vergangenheit zahllose polizeiliche Einsätze eben durch das polizeiinterne Videografieren so dokumentiert wurden, dass auch etwaiges Fehlverhalten einzelner Beamter unter Feststellung der Personalien der betroffenen Person leicht ermittelbar war. Die Erfahrung zeigt: Für das namentliche Ermitteln von Polizeibeamten ist eine Kennzeichnungspflicht nicht notwendig.

VI.

Wenn behauptet wird, dass es ein Ungleichgewicht zwischen dem Vermummungsverbot einerseits, und dem, die individuelle Erkennbarkeit aufhebenden, Tragen einer Dienstkleidung mit Helm und Visier andererseits gebe, so muss dem entgegengehalten werden, dass sich Polizeikräfte selbstverständlich nicht vermummen, um etwa Straftaten zu begehen, sondern dass sie mit Helm, Visier und einer rd. 25 kg schweren Schutzausrüstung ausgestattet sind, weil sich die Polizei insbesondere bei Großlagen vor gewaltsamen Übergriffen schützen muss. Die Übertragung des staatlichen Gewaltmonopols impliziert insofern für die Dienstherrn eine besondere Fürsorgeverpflichtung nach dem Grundsatz: Wer schützt die, die den Staat schützen.

*Gewerkschaft der Polizei,
Bundesvorstand*



Die Hydra lebt weiter

Dem Gründer und Führer des Netzwerks Al Qaida wurde das Handwerk gelegt. Dass mit dem Tod Osama bin Ladens dem islamistischen Terror ein dramatischer Schlag versetzt wurde, ist eine irrige Annahme. Al Qaida bleibt extrem gefährlich. DP sprach darüber mit dem Terrorismus-Experten Berndt Georg Thamm.

Herr Thamm, den weltweit am meisten gesuchten Terroristen, der tausende Tote auf dem Gewissen hat, gibt es nicht mehr. Ist das wirklich ein spürbar empfindlicher Schlag gegen Al Qaida?

Ein empfindlicher Schlag ist es vor dem Hintergrund, dass der Mann getötet wurde, der Al Qaida gegründet hat, der über Jahre dem Terrornetzwerk im Emirat Afghanistan als militärischer Führer vorstand, der später zum spirituellen Führer von Al Qaida

nimo auch nicht abgelaufen wie vergleichsweise andere – zur Erinnerung: 2003 zogen US-Soldaten den irakischen Ex-Diktator Saddam Hussein aus einem Erdloch, in das er sich verkrochen hatte. Danach war es mit seinem Ruf als starke Führungsperson vorbei. Osama Bin Laden ist aus Sicht seiner Anhänger hingegen als Märtyrer im Dschihad gegen Ungläubige gestorben. Vor diesem Hintergrund ist sein Tod ein empfindlicher Schlag.



geworden ist. Die Hälfte seiner Lebenszeit hat er Krieg gegen Ungläubige geführt und über ein Vierteljahrhundert haben ihn seine Jäger, Widersacher und Gegner nicht ausschalten können. Und der letzter Akt in seinem Leben ist durch die Operation Gero-

Wie wirkt sich sein Tod auf Führung und Organisation des Al Qaida-Netzwerkes aus?

Nach den 9/11-Anschlägen wurde aus einer Militärorganisation eine territorial ungebundene Bewegung. Wenn man von der

Der Autor: Berndt Georg Thamm ist gefragter Experte auf dem Gebiet des internationalen Terrorismus. Zahlreiche Publikationen, die Beratung von Sicherheitspolitikern und Medien sowie seine Rolle als Referent in der polizeilichen Bildung haben ihn nicht nur in Deutschland als Kenner der Szene bekannt gemacht.



islamistischen Bewegung spricht, kann man mit Fug und Recht sagen, die Bewegung und ihr verbundene Organisationen haben sich über Jahre mit Osama bin Ladens Gedankengut verselbstständigt. Er hatte mehr oder weniger spirituelle Begleitung und den Überbau dargestellt. Sein letztes Domizil war kein militärisches Hauptquartier, sondern glich mehr einer abgeschotteten spirituellen Kommandozentrale. Organisatorisch hatte bin Laden nur noch indirekten Einfluss auf nach dem Franchising-Prinzip globalisierte lokale und regionale, aber autonome Führerschaften. Dschihad-Terroristen weltweit ziehen mit seiner Idee in den Heiligen Krieg, religiös hoch motiviert und deshalb auch außerhalb der islamischen Welt eine latent hohe Bedrohung. Die Saat ist also längst aufgegangen. Der Spiritus Rector ist gegangen, aber die Schlagkraft der Bewegung ist militärisch nicht getroffen.

Durch Osama bin Ladens Tod hat sich nichts Wesentliches geändert. Das finale Ziel besteht weiter: Errichtung eines globalen islamistischen Gottesstaates. Neue Impuls- und Ideengeber stehen dabei bereit. Die Rolle der militärischen Führer ist wichtig, die der Ideengeber ist wichtiger.

Wer sein Nachfolger wird, ist bis dato ungewiss, hat doch sein langjähriger Stellvertreter Ayman al-Sawahiri nicht nur Freunde in der Bewegung. Osama bin Ladens Inspiration ist aber bereits auf jüngere Generationen übergegangen, so dass das Erbe gesichert ist, egal, wer sein Nachfolger wird.

Ist nach Osama bin Ladens Tod mit verstärkten Radikalisierungen oder Anschlägen zu rechnen – in Pakistan gab es ja gerade einen ersten Aufschlag?

Ja, so reklamierte die pakistanische Talibanbewegung als Motiv für den blutigen Selbstmordanschlag am 12. Mai auf Re-





Über 10 Jahre lang verfolgt DP mit dem Terrorismus-Experten Berndt Georg Thamm das brutale und menschenverachtende Vorgehen der Dihadisten weltweit. Tragische Aktualität: DEUTSCHE POLIZEI setzte sich in der September-Ausgabe 2001 mit der internationalen Gefahr durch das Al Qaida-Netzwerk auseinander. Wenige Tage nach Erscheinen unserer Zeitung wurde die Theorie durch die Praxis dramatisch untermauert.

kruten der pakistanischen Grenzmitz in einem Ausbildungszentrum in Charsadda, der mindestens achtzig Tote forderte, Rache für Osama bin Laden. Ich bin der Meinung, dieser Anschlag hätte auch stattgefunden, wenn Osama bin Laden noch leben würde. Hat doch die pakistanische Talibanbewegung der pakistanischen Regierung den Krieg erklärt. In diesem mehrjährigen „Heiligen Krieg“ sind in hunderten von Selbstmordanschlägen bis heute über viertausend Menschen getötet worden.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass der Tod von einigen Kämpfern gerächt werden möchte und es zu einzelnen Racheanschlägen kommen kann.

Die Bandbreite terroristischer Akteure ist größer geworden – mit vielen erfahrenen Dihadisten die im Laufe der letzten Jahre in der Welt Erfahrungen gesammelt haben. Daneben gibt es viele Homegrown-Terroristen – u.a. deutsche Konvertiten, die sich radikalieren bis zum Märtyrertod. Nicht zu vergessen sind „einsame Wölfe“, Einzeltäter, die nicht selten über das Internet zum Dihad gekommen sind – ohne Bezüge zu

irgendeiner Organisation. Durch Anlässe, nun auch bin Ladens Tod, fühlen sie sich zu terroristischen Aktivitäten motiviert. Die Stoßrichtung der Dihadisten geht bis heute meist gegen die USA, also gegen Einrichtungen des „großen Satans“ im Ausland (auch in Deutschland). Das ist so neu nicht. Erklärtes Ziel, auch amerikanische Einrichtungen zu treffen, war schon Ziel der Sauerlandgruppe. Dauerziel bleiben auch Einrichtungen des „kleinen Satans“ – Israel, die jüdische Diaspora und ihre Verbündeten. Das war vor dem Tode Osama bin Ladens so und das wird auch nach seinem Tode so bleiben.

Was bedeutet das für die Anschlagsgfähr in Westeuropa und den USA?

Die Taktik der Terroristen hat sich doch etwas geändert:

Mehrere spektakuläre Vorgehen von Terroristen haben dem Westen Schwachstellen im Antiterrorkampf gezeigt. Z. B. der Nigerianer Umar Faruk, der für einen Flug von Amsterdam nach Detroit mit Sprengstoff alle Sicherheitsschranken passiert hatte. Infolgedessen wurde die Personalsicherheit auf Flughäfen diskutiert, wodurch auch der Ganzkörperscanner ins Gespräch kam.

Ein weiterer Anschlag war auf die Luftfracht abgestellt (in Printer-Kartuschen waren Sprengsätze versteckt). Obwohl beide Anschläge nicht geglückt waren, gab es in der islamistischen Szene Jubel. Der Anschlag auf die Luftfracht kostete die Terroristen 4.200 Dollar. Die westliche Welt, die daraufhin die Luftfracht sicherer machen muss, kostet das hingegen Milliarden. Die jüngere Generation der Islamisten praktiziert eine neue Wirtschaftschädigungsstrategie, deren Effektivität die

spektakulären Einsätze ergänzt. Ihr Credo: Minimum an Einsatz, Maximum an Wirtschaftsschädigung. Operation „Blutsturz“ nannte sie ihre Wirtschaftschädigungsoperation, die das wirtschaftliche Ausbluten des Gegners zum Ziel hat.

Was könnte das konkret für Deutschland bedeuten?

Die Bedrohungssituation in Deutschland und der Welt lag vor Osama bin Ladens Tod auf hohem Niveau und liegt jetzt gleichbleibend hoch. Die Schutzorgane in Deutschland haben ein halbes Dutzend Anschläge verhindert. Der erste geglückte Anschlag wurde durch den Typ autonomer „Einzeltäter“ auf dem Frankfurter Flughafen erst Anfang März 2011 erfolgreich verübt. Signal diese Attentats: Oft ist es Gruppen oder Bewegungen nicht möglich, geplante Anschläge zu realisieren, wohl aber Einzeltätern. Vor diesem Hintergrund müssen wir mit diesem Tätertyp auf längere Zeit rechnen.

Das effektivste Einsatzmittel der Dihadisten ist und bleibt der Explosivstoff – vom Sprengstoffgürtel bis zur Autobombe. Der Selbstmordattentäter ist über die Jahre zur eigenen Waffengattung geworden.

Worauf kommt es jetzt an, um den Terrorismus weltweit zu stoppen?

Dihadisten bedrohen die Völkergemein-



Verletzte des Selbstmordanschlags auf Rekruten der pakistanischen Grenzmitz am 12. Mai 2011

Foto: Arshad Arbab/dpa



schaft insgesamt und nicht nur die USA. Die bipolare Sicht der Djihadisten ist die religiöse Einteilung der Welt in Rechtgläubige und Ungläubige, nicht die politische Einteilung in eine östliche und eine westliche Welt. Daher ist die eigentlich notwendige Bedingung für einen effektiven Antiterrorkampf der Schulterschluss aller Betroffener – also den USA, Europa, China, Russland, Indien ... – sie alle müssten an einen Tisch. Die westliche Hemisphäre tut sich aus meiner Sicht immer noch schwer, in sicherheitspolitische Fragen mit der östlichen Hemisphäre zusammen zu arbeiten. Wir brauchen in Sicherheitsfragen eine ganz pragmatische Zusammenarbeit – ob unter dem Dach der Vereinten Nationen oder multilateral. Potenzielle Opfer der „Welt der Ungläubigen“ müssen in der Sicherheitspolitik den Schulterschluss vollziehen. Der Djihadismus ist eine Langzeit-Bedrohung. Dem muss eine sicherheitspolitische Langzeit-Strategie entgegenstehen – nicht nach westlichen oder östlichen Vorstellungen und erst recht nicht nach parteipolitischen Ausrichtungen. Das setzt einen Konsens der Kommunikation voraus. Wir

haben es mit nichtstaatlichen Akteuren zu tun, die international Verbrechen verüben. Wir können dieser Bedrohung des 21. Jahrhunderts nicht mit überholten Mitteln oder Vorstellungen des 20. Jahrhunderts bekämpfen. Wir brauchen jetzt den Blick auf das in der heutigen Zeit Wesentliche.

Müssen die Anti-Terror-Gesetze in Deutschland geändert werden?

Die Sicherheitspakete dürfen nicht aufgeschnürt werden. Die Antiterror-Pakete haben sich in Deutschland bewährt. Die Schutzorgane sind in der Terrorabwehr gut aufgestellt. Über Jahre konnte der Bedrohung effektiv begegnet werden, doch ist das Gefahrenpotenzial nicht geringer geworden. Dementsprechend müssen die Bekämpfungsressourcen unbedingt erhalten werden. Es gibt weder Rückläufigkeit noch Stagnation in der Djihadisten-Szene. Mit der sicherheitspolitischen Weltenlage aufgrund des islamistischen Terrorismus werden noch eine ganze Reihe von GdP-Bundesvorsitzenden zu tun haben. Insofern ist es gut, dass die GdP auch immer wieder auf die Beibehaltung der bewährten Mittel

und Instrumentarien drängt. Die Vorratsdatenspeicherung, wie sie die GdP fordert, halte ich ebenso für gerechtfertigt, wie Diskussionen um den finalen Rettungsschuss in der Terrorbekämpfung.

Unsere Schutzorgane, insbesondere die Polizei braucht politische Rahmenbedingungen, die eine effektive Terrorabwehr garantieren können.

Das Gespräch führte Marion Tetzner



Jüngst von Berndt Georg Thamm erschienen: **Terrorziel Deutschland, Strategien der Angreifer, Szenarien der Abwehr**, Rotbuch Verlag, 2011, 286 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86789-130-1

BRUNOX®
Waffenpflege ist
 - Laufreinigung,
 - Korrosionsschutz
 - und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
 BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont
 Spezialklinik für Verhaltenstherapie
 Akademisches Lehrkrankenhaus
 der Medizinischen
 Hochschule Hannover
Chefarzt:
 Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
 Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leisten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten Einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
 Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenträgerübertragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmeleiterin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pf@pyrmont.ahg.de
 Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont
 Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont

Ordnung und Vernichtung
 Die Polizei im NS-Staat

1. APRIL – 31. JULI 2011 TÄGLICH
 10 – 18 UHR / WWW.DHM.DE / EINE AUSSTELLUNG
 DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE DER POLIZEI MÜNSTER
 UND DES DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUMS
 BERLIN DEUTSCHES HISTORISCHES
 MUSEUM BERLIN

THOMAS BROCKHAUS
 Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
 Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN PREISEN**.

SERVICE
 wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



Enthemmt bis zum Filmriss

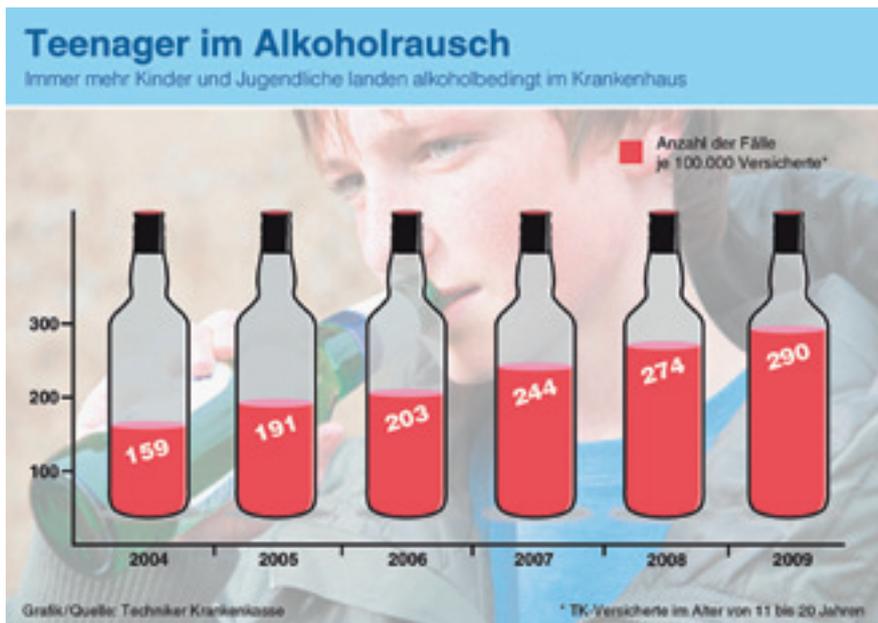
Wer am Wochenende abends offenen Sinnes unterwegs ist, der kann sich davon überzeugen, dass Jugendliche sich völlig unbehelligt in der Öffentlichkeit mit hochprozentigem Alkoholika regelrecht zudröhnen. Und bei weitem nicht jeder ist über 18 Jahre alt. Das Finale ist bekannt: Vollrausch, nicht selten Alkoholvergiftungen und Krankenhaus. Aber auch die Polizei hat die Resultaten der Sauforgien als Problem: Krawalle, Gewalttätigkeiten, hilflose Personen, Eltern benachrichtigen ...

Komasaufen – das Wort hat sich etabliert – insbesondere bei Jugendlichen. Sie saufen bis zum Erbrechen, bis zum Koma, bis der Arzt kommt oder schlimmer:

Ein 16-Jähriger konnte sich im vergangenen Jahr in Berlin-Charlottenburg faktisch unter den Augen des Lokalbesitzers zu Tode trinken. Der Lokalbesitzer

chensbekämpfung mit namhaften Experten Gedanken um die Ursachen des unmäßigen Alkoholmissbrauchs gemacht und erste Forderungen aufgestellt:

„Für die Gewerkschaft der Polizei sind gesetzliche Möglichkeiten wichtig und richtig, dennoch darf es nicht dabei belassen bleiben. Das Problem ist erkannt



kam in Untersuchungshaft, der 16-Jährige auf den Friedhof.

Laut einer Statistik der Techniker Krankenkasse wurden im letzten Jahr bundesweit 1.765 Minderjährige wegen Alkohol-Exzessen in Krankenhäuser gebracht. Allein in Schleswig Holstein waren es 742 Kinder und Jugendliche mit akuten Alkoholvergiftungen.

Bei jeder dritten aufgeklärten Straftat im Bereich Gewaltkriminalität (Mord, Totschlag, Raub, gravierende Körperverletzungen) stellen wir Alkoholeinfluss fest“, so Rüdiger Seidenspinner, GdP-Vorsitzender in Baden-Württemberg. Dort hat sich die GdP im vergangenen Jahr auf ihrer 27. Tagung zur Verbre-

und nun müssen alle gemeinsam an einer Lösung, weit im präventiven Bereich, arbeiten“.

Die DHS untermauert den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Straftaten: „Der Zusammenhang zwischen Alkohol und Straffälligkeit zählt zu den ältesten und am besten untersuchten Erkenntnissen der Kriminologie über die Entstehung von Straftaten. Der Konsum von Alkohol und dessen körperliche und psychische Folgen bilden oft eine für das Tatgeschehen wesentliche und mitgestaltende Bedingung. So wurde 2009 bei rund 35% aller Tatverdächtigen wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung

ein Alkoholeinfluss zum Tatzeitpunkt festgestellt (PKS 2009). Besonders hohe und im langjährigen Vergleich auch deutlich ansteigende Werte werden vor allem bei jungen Tatverdächtigen beobachtet“, ist in der Pressemitteilung zum Jahrbuch Sucht 2011 zu lesen. Die jüngsten Prügeleien auf Berliner U-Bahnhöfen scheinen wie eine Illustration dieses Sachverhalts.

Daher hat sich auch die Junge Gruppe (GdP) das Thema zu Eigen gemacht. 2009 startete sie im April die Aktion „Sei cool ohne Alkohol“. Der damalige Bundesjugendvorsitzende Sascha Göritz erklärte zur Aktion: „Ziel ist es, den Zugriff auf

Im Februar dieses Jahres gab die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine Studie zum „Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2010“ heraus. Sie steht unter www.bzga.de/forschung/studien-untersuchungen/studien/ zum Download bereit.

Stimmen dazu:

„Der hohe Alkoholkonsum bei einem Teil der jungen Menschen ist ein gesellschaftliches Problem, dem mit Aufklärung, Information und gezielten Präventionsmaßnahmen begegnet werden muss. Es zeigt sich, dass besonders das Rauschtrinken bei den Jugendlichen immer noch weit verbreitet ist. Auch wenn die Zahlen der Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftungen bei den 10- bis 15-Jährigen um vier Prozent gesunken sind, dürfen wir mit unseren Präventionsbemühungen nicht nachlassen.“

Mechthild Dyckmans,

Drogenbeauftragte der Bundesregierung

„Es sind vor allem soziale Faktoren, die den Alkoholkonsum von Jugendlichen beeinflussen. Sie trinken, um Spaß zu haben, Hemmungen zu überwinden und weniger schüchtern zu sein. Für den Alkoholkonsum entscheidend ist außerdem das direkte Umfeld junger Menschen. Je mehr und je häufiger Alkohol etwa im Freundeskreis getrunken wird, desto höher ist der eigene Alkoholkonsum.“

Prof. Dr. Elisabeth Pott,

Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung



Klinik Buchenholm in Bad Malente - Das innere Gleichgewicht wiederfinden

Bei kaum einer Berufsgruppe sind die Mitarbeiter/innen größeren seelischen und körperlichen Belastungen ausgesetzt als beim Polizeidienst. In unserer Klinik sind wir darauf ausgerichtet, diesen Menschen mit gezielten Rehabilitations-Angeboten zu helfen, ihr inneres Gleichgewicht wieder zu finden. Auch das spezielle psychologische Angebot orientiert sich an den vielfältigen Beschwerlichkeiten dieser Berufssparte. Lassen Sie in der Klinik Buchenholm einfach mal die Seele baumeln und gewinnen Sie den notwendigen Abstand zum Alltag. Der Ort Bad Malente bietet durch seine landschaftlich sehr reizvolle Umgebung vielfältige Möglichkeiten Ihren Aufenthalt ergänzend aktiv und sportlich zu verbringen – besonders am, im und auf dem Wasser. Wir kümmern uns um Sie, rufen Sie uns an!

Indikationen

- Psychosomatik und Psychotherapie
- Innere Medizin
- Kardiologie
- Orthopädie

Vital
KLINIKEN

Vital-Kliniken GmbH
Klinik Buchenholm

Plöner Straße 20
23714 Bad Malente
Tel.: 04523-987-0
Fax: 04523-987-520
info.buchenholm@vital-kliniken.de



WWW.VITAL-KLINIKEN.DE



Psychosomatische Klinik Windach

Erste verhaltenstherapeutische Klinik Deutschlands

Psychosomatische Klinik Windach • Schützenstraße 100 • 86949 Windach/Ammersee • Chefarzt: Prof. Dr. Michael Zaudig
Telefon 08193 / 72-0 • Fax 08193 / 72 25 923 • www.klinik-windach.de • info@klinik-windach.de

Therapeutische Schwerpunkte

- Burn-Out-Syndrome
- Depressionen
- Angsterkrankungen
- Zwangserkrankungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen
- Schmerzstörungen

Psychosomatische Klinik Windach



- Anzeige -

Psychosomatische Klinik Windach / Tagklinik Westend München

„Psychische Erkrankungen steigen dramatisch und führen immer häufiger zu Arbeitsunfähigkeit!“ Solche Schlagzeilen sind immer öfter in der Presse zu lesen. Gerade die Polizei und die Strafvollzugsbediensteten leiden aufgrund massiver Überbelastung zunehmend unter Burn-out, Depressionen, Angst und posttraumatischen Belastungsstörungen. Die Psychosomatische Klinik Windach, als erste verhaltenstherapeutische Klinik, ist u. a. hoch spezialisiert auf die Behandlung dieser Berufsgruppe und hat hierfür besondere Behandlungskonzepte entwickelt.

Psychosomatische Klinik Windach • Schützenstraße 100 • 86949 Windach/Ammersee • Chefarzt: Prof. Dr. M. Zaudig
Telefon 08193 / 72-0 • Fax 08193 / 72 25 923 • www.klinik-windach.de • info@klinik-windach.de

Tagklinik Westend • Westendstraße 193 • 80686 München • Chefarzt: Prof. Dr. M. Zaudig • Leitung: Dr. I. Tominschek
Telefon 089 / 202 44 48-0 • Fax 089 / 202 44 48-200 • www.tagklinik-westend.de • mail@tagklinik-westend.de

Psychosomatische Klinik Windach



Alkohol durch Jugendliche deutlich zu erschweren.“

Ein langer und beschwerlicher Weg. Denn andere verdienen an jedem Tropfen.

Und damit gibt es eine riesige Lobby für Alkohol. Wie sonst ist erklärbar, dass Flaterate-Parties bis heute nicht verboten sind, Alkohol faktisch für jeden Geldbeutel erschwinglich ist, es auf Alkoholflaschen keine Warnhinweise gibt, dafür Werbung für jede Alters- und Zielgruppe, Alkohol allerorten rund um die Uhr in breitester Verfügbarkeit angeboten wird und die legale Droge gesellschaftlich sowieso umfassend salonfähig gehandelt wird – sie steht für Lifestyle, gute Laune, Spaß und Geselligkeit. Kein Fest ohne Anstoßen mit Prozenten im Glas.

Wer im Kopf schon etwas weiter ist und generell keinen, bzw. nur sehr mäßig Alkohol trinkt, steht da faktisch unter Erklärungsnot.

Während sich die einen hemmungslos betrinken, suchen andere nüchtern nach Eindämmung des Dilemmas. Ein gewaltiges Feld für Pädagogen, Eltern, Soziologen, Sozialtherapeuten, Polizei ...

Worauf kommt es akut an?

Ganz sicher auf die konsequente Umsetzung des Kinder und Jugendschutzes. Und Aufklärung tut Not – bereits im Kindes- und Jugendalter. Viele wissen gar nicht, wie Alkohol wirkt, was er im Körper anrichtet, welche Mengen bereits kreuzgefährlich sind – akut, aber auch, um abhängig zu machen. Ein umfassendes und gut aufbereitetes Material bietet hierzu beispielsweise die Broschüre „Genuss oder Sucht? Aufgeklärter Umgang mit Alkohol und Zigaretten – Materialien für Jugendliche“ von Dr. Almut Lippert.

Aber auch die Eltern Minderjähriger könnten einbezogen werden. So fordert die GdP in Schleswig-Holstein, dass Eltern in Haftung genommen werden, wenn ihre Sprösslinge mit einer Überdosis Alkohol ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Die Kosten für Rettungseinsätze und Klinikaufenthalte dürften in solchen Fällen nicht den Krankenkassenmitgliedern aufgehalst werden. Eine Behandlung kostete pro Fall rund 1.300 Euro. Das ist eine Seite.

Eine andere Seite wäre die Verfügbarkeit des Alkohols.

Es gibt bereits etliche Forderungen, wie der Zugriff auf Alkohol eingedämmt werden könnte – insbesondere bei Kindern



Sei Cool ohne Alkohol

JUNGE GRUPPE

und Jugendlichen, aber auch insgesamt in unserem Land. Die weitestgehenden Forderungen dazu hat die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) in ihrem „Aktionsplan Alkohol der DHS 2008“ bereits aufgestellt. Sie reichen von Preiserhöhungen über Regulierungen bei Werbung bis zu gesetzlichen Regelungen und Präventionsmaßnahmen. Nachzulesen sind sie unter: www.dhs.de.

Wie in der Abendzeitung München am 7. April dieses Jahres nachzulesen war, will der bayerische Städtetag den Verkauf von alkoholischen Getränken außerhalb der Ladenöffnungszeiten an Tankstellen und Kiosken sowie „Flatrate-

Parties“ verbieten lassen. Zudem sollten die Sperrzeiten in Gaststätten wieder von 2.00 Uhr bis 6.00 Uhr gelten, wurde der Städtetagsvorsitzende, Regenburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU), zitiert. Bisher gilt eine Sperrzeit von 5.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Außerdem plädierte der bayerische Städtetag „... für Gesetze zum Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum“, so die Abendzeitung.

Neben solchen konkreten Plänen sind ganz interessante Vorschläge in verschiedenen Internet-Foren zu finden. Da geht es z. B. darum, dass Jugendliche, die mit Alkoholvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert werden, genau auf diesen



BURNOUT. DEPRESSIONEN. ANGST.

Benötigen Sie Hilfe? Gemeinsam finden wir den Weg.

In einem kostenfreien Vorgespräch klären unsere Chef- oder Oberärzte die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Gerne kümmern wir uns um alles Weitere, z.B. um die Kostenübernahme durch Ihre Private Krankenversicherung.

HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach
Dr. med. Volker Reinken · Sebastian-Kneipp-Allee 7 · 87730 Bad Grönenbach
Telefon: +49 (8334) 259 929-550 · bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de



HELIOS
Privatkliniken GmbH



www.helios-privatkliniken.de

– Anzeige –

Die HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach veröffentlicht ihre Langzeit-Behandlungsergebnisse

Das Besondere an der psychosomatischen Akutklinik Bad Grönenbach ist die Kombination einer intensiven tiefenpsychologisch fundierten Behandlung und dem Komfort des 4-Sterne-Hotels am Standort. Im Mittelpunkt der ganzheitlichen Arbeit steht der Mensch mit seinen Beziehungen zu sich selbst, zu anderen und zu seinem Lebensentwurf. Der Tag ist geprägt von psychotherapeutischen Einzel-, Paar-, Gruppen- und Gemeinschafts-sitzungen. Hinzu kommen Visiten, Kriseninterventionen, körper- und kunsttherapeutische Angebote, Vorträge und themenzentrierten Gruppen-Sport, Massagen, internistische und naturheilkundliche Behandlungen. „Dass sich der Großteil der Patienten nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in einer solchen Umgebung mit diesem Angebot nach der Behandlung besser fühlt, nimmt da nicht Wunder“, so der Ärztliche Direktor, Dr. med. Volker Reinken. „Uns hat jedoch interessiert, ob der Therapieerfolg auch von Dauer ist.“ Deshalb wurde eine Studie durchgeführt, die die sogenannten arbeitsbezogenen Verhaltens- und Erlebensmuster und speziell das Burnout-Erleben der Patienten ein Jahr nach der Therapie untersuchte. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen: Bei Therapieende gaben 88% eine signifikante Zunahme an Entspannung, Optimismus und Gelassenheit gegenüber ihrem Zustand bei Therapiebeginn an. Nach einem Jahr waren es immer noch 68%. Besonders zeigte sich der Behandlungserfolg im Wachstum der sozialen Kompetenz, besserer Distanzierungsfähigkeit bei bestehendem beruflichen Ehrgeiz und Erfolgserleben und damit dem begünstigten Wiedereinstieg in einen gesunden Alltag.

Mehr Informationen zu den Behandlungsergebnissen unter www.helios-privatkliniken.de/bad-groenenbach



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Stationen einige Sozialstunden ableisten sollten.

Kriminelle Verkäufer, die Alkohol an minderjährige Jugendliche verkaufen, müssten viel härter bestraft werden. Und: Alkohol hat in der Schule nichts zu suchen. Auch nicht auf Feiern, an denen Erwachsene teilnehmen.

Noch zwei Zitate aus einem Forum seien hier angeführt: „Es wird Zeit, dass umgedacht wird. Das Rauchen hat man ja auch nicht umsonst verboten, wieso nicht auch beim Alkohol härter durchgreifen.“

Und: „Jugendliche ... sitzen doch heute regelrecht auf der StraÙe ... einen Gruß an Ursula von der Leyen, es gibt nicht nur kleine Kinder, die einen Platz brauchen ...“

Wer sich also mit den Auswüchsen des unmäßigen Alkoholkonsums beschäftigt, sollte schonungslos an die Ursachen heran – und zwar an alle; ohne Scheu davor, dass es auch um familiäre und gesellschaftliche Vernachlässigungen von jungen Menschen geht.

Das Thema Alkohol hat sich in unserem Land zu einem gewaltigen Problem ausgeweitet. Komasaufen von Kindern und Jugendlichen ist ein Punkt. Darüber hinaus geht die DHS davon aus, dass jeder fünfte Deutsche zwischen 18 und 64 Jahren ein Alkoholproblem habe, so Raphael Gaßmann, DHS-Geschäftsführer, der bei der Vorstellung des „Jahrbuchs Sucht 2011“ Ende April in Berlin zusammenfasste: „Der Alkoholverbrauch bleibt entschieden zu hoch, zu riskant, zu folgenreich.“

Und weil mit den Auswirkungen eben auch die Polizei gravierend beschäftigt ist, hat die GdP für 2012 eine Fachtagung zum Thema Alkohol geplant.

Schon heute rufen wir unsere Kolleginnen und Kollegen auf, uns ihre Erfahrungen, Erlebnisse, ihre Vorstellungen von Prävention und Sanktionen auf diesem Gebiet mitzuteilen. Was müsste sich ändern? Was wäre machbar?

Wir sind an jeder Zuschrift interessiert.

Entweder per E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de
oder per Fax: 030-39 99 21-200
oder per Post:
Gewerkschaft der Polizei
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin

Marion Tetzner

Zu: „Polizei im NS-Staat – bundesweit betrachtet, DP 5/11

Eine Ergänzung und eine Er widerung

Die Berliner Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“ ist wichtig. Trägt sie doch wesentlich dazu bei, das lange Zeit tabuisierte Bild der Polizei des NS-Staates aufzuarbeiten. Der ergänzende Beitrag „Freund und Henker“ von Andreas Mix in der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift ist aus den gleichen Gründen zu begrüßen. Die deutsche Polizei in all ihren Zweigen ist unter den Nationalsozialisten maßgeblich an den Verbrechen des Systems beteiligt gewesen. Und die juristische Bewältigung dieser Untaten in der Nachkriegszeit war in hohem Maße fehlerhaft. Daran kann heute kein Zweifel mehr sein.

Die Behauptung, die Polizei in der Bundesrepublik habe „in ihren ersten beiden Jahrzehnten in personeller Kontinuität zum NS-Staat“ gestanden, ist hingegen in dieser pauschalen Form nicht haltbar. Zutreffend daran ist, dass es bei Einstellung ehemaliger Parteigänger Hitlers an der notwendigen Entschlossenheit und Konsequenz gefehlt hat. So ist mancher wieder in den Polizeiberuf gelangt, der unter den Nationalsozialisten nicht nur Mitläufer war.

Doch in der Frage der Übernahme des Gedankengutes aus dieser dunkelsten Zeit deutscher Geschichte gilt es zu differenzieren:

Rudimente des Militarismus haben sich in der Nachkriegspolizei – hier vornehmlich der Schutzpolizei – lange gehalten. Das mag zum einen soziologisch begründet sein in einem Volk, das über Generationen hinweg im Denken und Handeln militärisch geprägt war. Die Anleihen an das Militärische hatten zudem handfeste politische Gründe. Eine verbandsmäßig ausgebildete, militärähnlich bewaffnete und militärisch strukturierte Bereitschaftspolizei bot in Zeiten des Kalten Krieges neben dem BGS die Möglichkeit, Streitfälle zwischen Ost und West auf das Niveau von Polizeiaktionen herab zu definieren und so den großen Militärschlag zu vermeiden. Es hat folglich in diesen Jahren auch eine gewisse Überbetonung von Befehl und Gehorsam, von kritikloser Disziplin und überzogener Hierarchie in der Polizei gegeben.

Hingegen haben Versatzstücke aus der NS-Ideologie in der Nachkriegspolizei zu keiner Zeit eine Rolle gespielt. Weder in meinem Anwärterjahr, noch in den Jahren

danach, als ich Ausbilder und später Fachlehrer an der Landespolizeischule war, gab es Ansätze von Rassendiskriminierung, Antisemitismus, Kadavergehorsam, Herrenmenschentum und ähnlichen Denkmustern der Nazis. Gewiss; es hat in dieser Phase vielfach an der notwendigen Sensibilität gemangelt, etwa gegenüber Homosexuellen oder Sinti und Roma. Aber das war kein polizeiliches Spezifikum, sondern ein gesamtgesellschaftliches Defizit, das ebenso wie die Fremdenfeindlichkeit mancher Zeitgenossen auch heute noch nicht völlig überwunden ist. Mit der Einstellung „Ehemaliger“ in die Polizei der frühen Jahre hat das nichts zu tun.

Dass die Polizei der fünfziger und sechziger Jahre „kontinuierlich“ im Geiste und nach den Regeln des NS-Staates ausgebildet worden sei, geht daher an der Realität vorbei – schon deshalb, weil „Ehemalige“ in Theorie und Praxis der Polizei, aufs Ganze gesehen, keine Rolle spielten.

Die Polizei dieser frühen Jahre hat – nicht zuletzt auch durch die Arbeit der GdP – sehr wohl gewusst, dass es eine Wiederholung des schrecklichen Geschehens nicht geben durfte und dass daher alles, was auch nur entfernt mit dem Gedankengut der Nazis zusammenhing, entschieden abzulehnen war. Für dieses Leitbild der Verfassungskonformität standen in Niedersachsen Männer wie die ehemaligen Inspektoren Fritz Kiehne und Karl Friedrich Saupe – Führungskräfte also, die 1933 wegen ihrer politischen Haltung aus der Polizei entlassen worden waren, nach dem Kriege in den Beruf zurückkehrten und nun den Aufbau einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei maßgeblich initiierten und gestalteten. Anleihen an das Militär erschienen diesen Männern aus den bürgerkriegsähnlichen Zuständen der Weimarer Zeit heraus folgerichtig, ihnen vorzuwerfen, sie seien auf dem rechten Auge blind gewesen, ist ebenso falsch wie ehrenrührig. **Helmut Dohr**

Der Verfasser, 1951 in die Polizei des Landes Niedersachsen eingetreten, blickt u.a. auf eine langjährige Tätigkeit als Fachlehrer, Dienststellenleiter und Leiter zurück. Nach seinem Ausscheiden aus dem Polizeidienst wurde er zum Regierungspräsidenten in

Fortsetzung auf Seite 21



Braunschweig berufen und anschließend als Staatssekretär mit der Polizeireform seines Landes beauftragt. Helmut Dohr ist seit seinem Anwärterjahr Mitglied der GdP und hat mit seinem Grundriss „Staat-Verfassungs-Politik“, der mittlerweile in der zwanzigsten Auflage im Verlag Deutsche Polizeiliteratur erschienen ist, die staatsbürgerliche Ausbildung der Polizei des Bundesgebietes wesentlich mit beeinflusst.

Sehr geehrter Herr Dohr,

die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“, die bis zum 28. August im PEI-Bau des Deutschen Historischen Museums in Berlin gezeigt wird, endet nicht mit dem Untergang des Regimes im Mai 1945, sondern stellt auch den Wiederaufbau der Polizei in den beiden deutschen Staaten und den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dar. Dass es in allen Polizeien und auf allen Hierarchieebenen in der Bundesrepublik hohe personelle Kontinuitäten zur Polizei im NS-Staat gab, haben verschiedene wissenschaftliche Arbeiten inzwischen eindrucksvoll belegt. Kriminalbeamte wie Walter Zirpins, der als Leiter der Kriminal-

polizeistelle in Lodz die im dortigen Ghetto zusammengepferchten Juden ausraubte, und Gestapomitarbeiter, wie Georg Heuser, der beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Minsk an der Ghettoisierung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war, gelangen bemerkenswerte Karrieren in der bundesdeutschen Polizei: Zirpins stieg bis zum Leiter der Landeskriminalpolizei in Niedersachsen auf, sein Kollege Heuser zum Leiter des LKA in Rheinland-Pfalz. Die großzügige Auslegung des Gesetzes zum Artikel 131 des Grundgesetzes sicherte ihnen und zahlreichen ihrer „alten Kameraden“ die Rückkehr in den Staatsdienst. So stellte die Justiz bei ihren Ermittlungen gegen Angehörige von Polizeibataillone ab Ende der 1950-er Jahre regelmäßig fest, dass viele Beschuldigte nach 1945 wieder in den Polizeidienst tätig waren. Diese Männer verhinderten durch Falschaussagen und Absprachen die strafrechtliche Aufklärung der Verbrechen, an denen sie selbst maßgeblich beteiligt waren. Die hohe personelle Kontinuität zwischen der Polizei des NS-Staats und der Polizei der Bundesrepublik bedeutete jedoch nicht eine Kontinuität der Polizeipraxis. Krimi-

nalpolizeiliche Konzepte wie die der „Vorbeugungshaft“ gegen „Berufsverbrecher“ wurden in den Anfangsjahren der Bundesrepublik von Kriminalisten zwar diskutiert, waren aber politisch nicht durchsetzbar. Die politischen Rahmenbedingungen des demokratischen Rechtsstaats unter alliierter Obhut zivilisierten gleichsam die Angehörigen der Sicherheitsbehörden. Die personellen Kontinuitäten in der Polizei stellten dennoch eine schwere moralische Hypothek für die Bundesrepublik dar, die in ihrem vollen Ausmaß von der Geschichtswissenschaft erst in den letzten Jahren erfasst und von der Öffentlichkeit kritisch diskutiert wird. Auf diese Aspekte der Polizeigeschichte möchte die Ausstellung aufmerksam machen.

Andreas Mix

Andreas Mix ist Historiker und Literaturwissenschaftler. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Hochschule der Polizei hat er als Kurator die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ maßgeblich inhaltlich mitbestimmt. Die Ausstellung wird im Deutschen Historischen Museum noch bis zum 28. August 2011 zu sehen sein.

Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamtenkasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst.

Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!

Unsere Kredite auf einen Blick:

- ⊕ **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- ⊕ **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- ⊕ **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- ⊕ **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- ⊕ **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- ⊕ **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen
- ⊕ **ImmoPlus Darlehen** zur Finanzierung Ihrer Immobilie

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200

Kredit online: www.abkbank.de



Allgemeine Beamten Kasse
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



Preiswert und aktuell

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

Horst Clages, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,
Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



Neuerscheinung

Band 15: Todesermittlungen

Von

Andreas Freislederer,
Georg Stenzel,
Michael Weirich.

120 Seiten
ISBN 978-3-8011-0649-2



Zwei Kriminalbeamte und ein Rechtsmediziner zeigen in diesem Buch die wesentlichen Aspekte der anspruchsvollen Polizeiarbeit bei der Bearbeitung von Todesermittlungsverfahren auf.

Einleitend geben die Autoren eine allgemeine Einführung in den Themenbereich Todesermittlung. Im Hauptteil beschreiben sie ausführlich das Vorgehen und die Besonderheiten bei einzelnen nicht natürlichen Todesarten. Abschließend stellen sie spezielle Themen, wie etwa das Überbringen einer Todesnachricht, Identifizierung unbekannter Leichen und Schriftverkehr im Todesermittlungsverfahren anschaulich dar. Ein umfangreicher farbiger Bildkatalog rundet das Werk ab.

Bisher sind erschienen:

Band 1: Grundlagen der Kriminalistik/ Kriminologie

Von **Ralph Berthel,**
Thomas Mentzel,
Klaus Neidhardt,
Detlef Schröder,
Thomas Spang,
Robert Weihmann.
176 Seiten
ISBN 978-3-8011-0579-2

Band 2: Kriminaltechnik I

Von **Robert Weihmann.**
128 Seiten
ISBN 978-3-8011-0574-7

Band 3: Kriminaltechnik II

Von **Robert Weihmann.**
110 Seiten
ISBN 978-3-8011-0575-4

Band 4: Identifizierung von Personen

Von **Wolfgang Thiel.**
144 Seiten
ISBN 978-3-8011-0536-5

Band 5: Die Beschuldigten- vernehmung

Von **Michaela Mohr,**
Franz Schimpel,
Norbert Schröder.
106 Seiten
ISBN 978-3-8011-0540-2

Band 6: Grundlagen der Rechtsmedizin

Von
Wolfgang Huckenbeck.
120 Seiten
ISBN 978-3-8011-0564-8

Band 7: Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht

Von **Heiko Artkämper.**
112 Seiten
ISBN 978-3-8011-0572-3

Band 8: Tatortarbeit

Von **Holger Roll.**
160 Seiten
ISBN 978-3-8011-0577-8

Band 9: Beschreibung und Identifizierung von Bekleidung

Von **Claudia Blumenthal,**
Wilfried Kohlhof,
Wolfgang Thiel.
136 Seiten
ISBN 978-3-8011-0588-4

Band 10: Brandermittlung

Von **Wolfgang Holzmann.**
136 Seiten
ISBN 978-3-8011-0597-6

Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis

Von **Reinhard Mokros.**
109 Seiten
ISBN 978-3-8011-0606-5

Band 12: Bearbeitung von Jugendsachen

Von **Horst Clages** und
Reingard Nisse.
117 Seiten
ISBN 978-3-8011-0610-2

Band 13: Kriminalistische Fallanalyse

Von **Rolf Ackermann.**
156 Seiten
ISBN 978-3-8011-0631-7

Band 14: Der kriminalistische Beweis

Von **Norbert Westphal.**
174 Seiten
ISBN 978-3-8011-0642-3



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Was Recht ist, muss Recht bleiben

Ich wurde am 25.10.2002 durch einen rechtswidrigen Angriff in Ausübung des Dienstes im Bahnhof Gießen verletzt. Durch den Angriff bin ich auf Dauer in meiner Gesundheit beeinträchtigt worden.

Durch das damalige Grenzschutzpräsidium Mitte wurde der Dienstunfall am 18.3.2003 als qualifizierter Dienstunfall anerkannt. Am 21.5.2008 (nach über 5 Jahren!) wurden von der Bundespolizeidirektion Koblenz – sie ist für mich die zuständige Nachfolgebehörde des Grenzschutzpräsidiums Mitte – die Anerkennungsbescheide des Grenzschutzpräsidiums Mitte zurückgenommen, weil aus ihrer Sicht „das Merkmal eines rechtswidrigen Angriffs während der Ausübung des Dienstes im Sinne von § 37 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG nicht erfüllt sei ...“. Die Entscheidung der Bundespolizeidirektion Koblenz hat bei allen Kollegen und Kolleginnen, die „auf der Straße“ ihren Dienst tun, ein ungutes „Bauchgefühl“ beim Einschreiten gegen Rechtsbrecher hervorgerufen.

Als mein Widerspruch gegen die Rücknahme ohne überzeugende Argumente zurückgewiesen wurde, wandte ich mich an die GdP und erhielt hier Rechtsschutz. Ich beauftragte die DGB Rechtsschutz GmbH, Büro Gießen, mich in meiner Angelegenheit zu vertreten. Die Kollegin Heil-Schön von dort hatte so hervorragende Arbeit geleistet, dass das Verwaltungsgericht Gießen am 14.7.2010 für Recht erkannte:

„Die Bescheide der Bundespolizeidirektion Koblenz sind rechtswidrig und verletzen den Kläger dadurch in seinen Rechten. Sie sind daher aufzuheben.“

Die Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtes Gießen fiel derart überzeugend aus, dass von Seiten des Dienstherrn auf die Einlegung von Rechtsmitteln, entgegen vorher anders lautenden Aussagen, verzichtet wurde.

In der Gerichtsverhandlung wurde von dem Vertreter der Bundespolizeidirektion Koblenz argumentiert, dass es sich bei dem rechtswidrigen Angriff des Täters auf mich lediglich um eine Abwehrhandlung gegen die rechtmäßige polizeiliche Maßnahme gehandelt habe. Der Auftritt des Vertreters des Dienstherrn vor dem Verwaltungsgericht Gießen mutete teilweise schon sehr sonderbar an – mit anderen Worten: Ich fand, die Fürsorgepflicht des Dienstherrn wurde zum Teil „mit Füßen getreten“.

Das Ergebnis des Verfahrens ist von grundsätzlicher Bedeutung für alle Polizeibeamten, die im Dienst einem Über-

griff ausgesetzt sind. Sie besitzen nunmehr im alltäglichen Dienst sowie auch bei



E. Fey bedankt sich bei seinem Rechtsbeistand Frau Heil-Schön für die hervorragende Arbeit, links der Teamleiter M. Bauer
Foto: Reinhold Schuch

künftigen Einsätzen mehr Rechtssicherheit.
Edwin Fey

Urteil des Verwaltungsgerichtes Giessen vom 14.7.2010 – 5 K 2072/09

Das Urteil ist in der Internet-Ausgabe unter www.gdp.de, Menüpunkt DEUTSCHE POLIZEI, Ausgabe 6/2011 (unter der Überschrift „Weitere Themen“) hinterlegt.

Nach 19 Jahren endlich Anerkennung als Dienstunfall

Am 30.7.1992 kam es für mich während des Dienstes zu einem strafrechtlich relevanten Ereignis, das von der Polizeipräsidentin später als „schwerer Übergriff“ gegen mich bezeichnet wurde und dessen Auswirkungen für mich zum damaligen Zeitpunkt nicht absehbar waren.

In der Mittagszeit befuhren mein Kollege und ich mit einem Streifenwagen die Straße vor dem Polizeipräsidium und wollten in die Hofeinfahrt einbiegen.

Neben der Einfahrt stand eine jüngere Frau in einem Sommerkleid. Sie winkte

und machte den Eindruck, als wolle sie eine Auskunft haben. Der Kollege hielt unser Fahrzeug an, ich war noch im Sicherheitsgurt angeschnallt und sprach die Frau an. Sie trat an unser Fahrzeug heran und richtete plötzlich einen Revolver auf meinen Kopf, ich war völlig überrascht und schaute in die Mündung.

Durch das geöffnete Seitenfenster versuchte ich die Waffe zu ergreifen. Die Frau wich kurz zurück und die Waffe war außerhalb meiner Reichweite. Mit Worten versuchte ich nun auf sie einzu-

wirken, ohne Erfolg. Ich war noch immer angeschnallt, wodurch ich meine Waffe nicht erreichen konnte. Die Frau sprach nicht und ich konnte nun sehen, wie sie den Hahn spannte und dann langsam den Abzug betätigte.

In dieser Situation, angeschnallt und ohne die Möglichkeit selbst zu agieren, war ich angesichts der drohenden Todesgefahr der Frau völlig hilflos ausgeliefert. Ich hatte erstmals in meinem Leben Todesangst und habe mit meinem Leben abgeschlossen; mir war klar, wenn der



Hahn nach vorne schlägt, trifft das Projektil deinen Kopf und du erleidest tödliche Verletzungen.

Vor meinem geistigen Auge lief in Sekunden ein Film mit den Wesentlichsten Punkten meines Lebens ab, das waren

Was ist die DGB Rechtsschutz GmbH?

Die DGB Rechtsschutz GmbH erbringt den verbandlichen Rechtsschutz für Gewerkschaftsmitglieder. Dabei ist sie nicht nur die größte deutsche und europäische „Fachkanzlei“ auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts, sondern sie ist auch in großem Umfang auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts tätig. Insbesondere für die verbeamteten Gewerkschaftsmitglieder führt sie Verfahren rund um alle Fragen des Beamtenrechts durch. Dass die DGB Rechtsschutz GmbH auch diesem Thema großes Gewicht beimisst, zeigt sich schon daran, dass sie hierzu ein Kompetenzzentrum „öffentliches Dienstrecht/Beamtenrecht“ eingerichtet hat. Weitere Informationen unter: www.dgbrechtsschutz.de

meine Ehefrau und unser Sohn, die ich in diesem Augenblick zu verlieren glaubte.

Der Hahn schlug auf den Schlagbolzen, es löste sich kein Schuss.

Irgendwie habe ich mich aus dem Sicherheitsgurt befreit und die Frau überwältigt.

Später fiel es mir schwer, einen klaren Gedanken zu fassen und es gelang kaum, den Anzeigentext zur fertigen.

Obwohl der Vorfall sofort gemeldet wurde, blieb eine dienstunfallrechtliche Untersuchung aus.

In den folgenden Jahren kam es bei mir immer wieder zu länger andauernden psychosomatischen Reaktionen, für die ich keine Erklärung finden konnte. Es kostete mich mehr und mehr psychische und physische Kraft, den täglichen Dienst abzuleisten. Mehrere Klinikaufenthalte blieben ohne Erfolg. Ich war völlig ausgebrannt. Erst im Jahre 2000, bei einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema

Opferschutz wurde der Begriff Psycho-trauma definiert und mir wurde klar, was 1992 passiert war.

Von diesem Tage an war ich dienstunfähig krank und begriff nur langsam, was ich über die letzten acht Jahre mit mir herum geschleppt hatte. Der eigentliche Leidensweg sollte aber erst beginnen.

Für den behandelnden Psychologen war 2000 schnell klar, dass es sich hier um eine 1992 erlittene Traumatisierung handelte, die in der Folge zu einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) geführt hat. Das hielt die Behördenleiterin nicht davon ab, zu erklären, die Anerkennung als Dienstunfall lehne ich ab! Ich litt sehr darunter, als mir 2003 während eines Klinik-Aufenthalts, kaum 30 km von Hamm entfernt, die Entlassungsurkunde vom Briefträger zugestellt wurde – kein persönliches Wort, kein Handschlag, von Dank für geleistete Arbeit ganz zu schweigen. Als Opfer der Straftat von 1992 verlor ich meinen Beruf und wurde mit der Kürzung meiner Pension nach fast 40 Dienstjahren ein zweites Mal zum Opfer. Ich fühlte mich kostengünstig entsorgt.

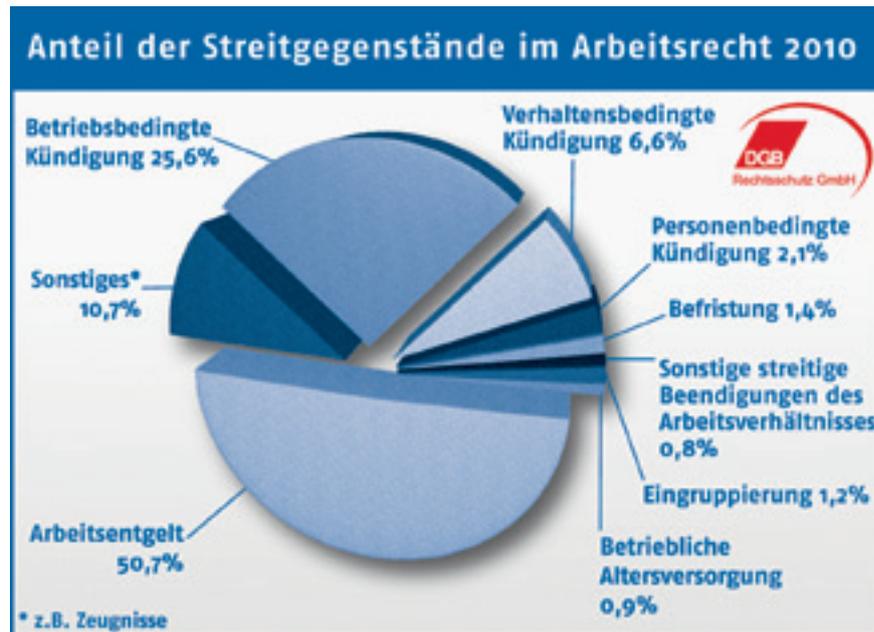
in meiner Krankenakte bis dahin nicht zu finden.

Im Jahre 2009 war die Situation so verzweifelt, dass ich mich entschloss, eine Petition an den Landtag von NRW senden. Die Landtagspräsidentin teilte u.a. mit, der Petitionsausschuss hat sich eingehend über die Sach- und Rechtslage informiert, es gibt keinen Anlass, in der Sache tätig zu werden.

Erst die neue Landesregierung bestellte 2010 einen weiteren Gutachter. Das Ergebnis ließ mich endlich aufatmen, er erkannte auf eine Minderung der Erwerbsfähigkeit aufgrund der 1992 erlittenen Traumatisierung. Damit ist 2011 endlich das Ereignis vom 30.7.1992 als Dienstunfall anerkannt.

Die jahrelangen Auseinandersetzungen haben viel psychische und physische Kraft gekostet und der Verlust an Lebensqualität in diesen fast 19 Jahren ist nicht wieder gut zu machen.

Ein derart belastendes Verfahren über einen so langen Zeitraum kann man nur durchstehen, wenn die Familie den Zusammenhalt nicht verliert, wenn man



Eine ähnlich schwere Demütigung hatte ich bis dahin nicht erlebt.

Es folgten mehrwöchige Klinik-Aufenthalte mit immer dem gleichen Ergebnis, posttraumatische Belastungsstörung. 2006 erklärte ein Gutachter, dass eine PTBS zwar vorliegt, der Grund für die Entlassung aber eine Persönlichkeitsstörung sei. Das war etwas völlig Neues und

Freunde hat, wenn man von einem sachkundigen Rechtsanwalt (Eckhard Wölke, Köln) begleitet wird und letztlich nur mit einer starken Gewerkschaft, der GdP im Rücken, von der ich Rechtsschutz bekam, der von der DGB Rechtsschutz GmbH realisiert wurde.

All denen, die mir in diesen Jahren beigestanden haben, sage ich HERZLICHEN DANK. **Herbert Oeser**



DO YOU SPEAK ENGLISH?



IT'S ALL PART OF THE JOB

Englisch für die Polizei – Lehrbuch

Von **Norbert Brauner, Dr. Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.

10. Auflage 2011, 360 Seiten, Format 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur,

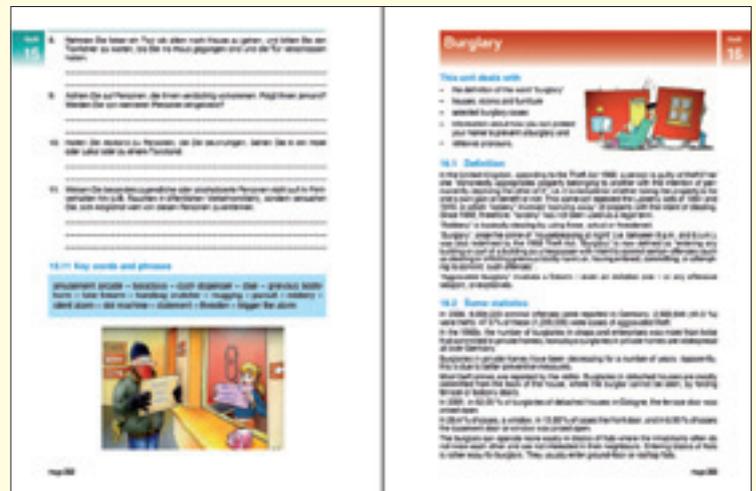
20,90 € [D], 36,90 sFr.

ISBN 978-3-8011-0659-1

Seit gut 20 Jahren leistet das Lehrbuch „It's all part of the job“ in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskonzepten als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung.

Über das Buch:

- Darstellung typischer Situationen praktischer Polizeiarbeit in mehr als 20 Kapiteln, wie zum Beispiel Verkehrsunfälle und -kontrollen, Häusliche Gewalt, Organisierte Kriminalität und Drogenprobleme.
- Ausführungen über nationale und internationale Polizei- und Organisationen.
- Ansprechende Vermittlung der sprachlich-kommunikativen Kompetenz zur Bewältigung der jeweiligen Materie in der englischen Sprache.
- Alle Abschnitte mit einer kurzen Grammatikübersicht wie auch Übungen.
- Durchgängige farbige Gestaltung.
- Zahlreiche Bilder und Grafiken.
- Autoren mit langjähriger Praxis- und Lehrerfahrung.
- Handlungsorientiertes didaktisch-methodisches Konzept.



Für den optimalen Lernerfolg!

Neben dem Lehrbuch besteht das Lehrwerk „IT'S ALL PART OF THE JOB“ aus einem darauf abgestimmten Wörterbuch und einem Sprachführer. Sie vermitteln allgemeinsprachliche Kenntnisse wie auch die für das polizeiliche Einschreiten notwendigen sprachlichen Kompetenzen im Umgang mit Englisch sprechenden Personen.

Am besten gleich alle drei Bücher zusammen bestellen und 11,80 Euro sparen!



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Europäischer Preis für Präventionsfilm der Polizei

Film über Handygewalt erhält Auszeichnung für bestes Drehbuch

Der Film „Handygewalt“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes hat auf dem „European Crime Prevention Film Festival“, das vom 20. bis 22. April im ungarischen Székesfehérvár stattfand, den Preis für das beste Drehbuch gewonnen.

Insgesamt 14 Präventionsfilme aus ganz Europa waren nominiert. Eine Jury aus Vertretern der ungarischen Polizei sowie Professoren und Studenten der Kodolányi János University of Applied Sciences bewerteten die Teilnehmer. Die Auszeichnung wurde im Rahmen der Konferenz „Police Programmes for Crime Prevention in Schools“ verliehen, die auf Initiative des EU-Vorsitz-Landes vom 20. bis 22. April im ungarischen Székesfehérvár stattfand. Rund 80 Polizisten aus ganz



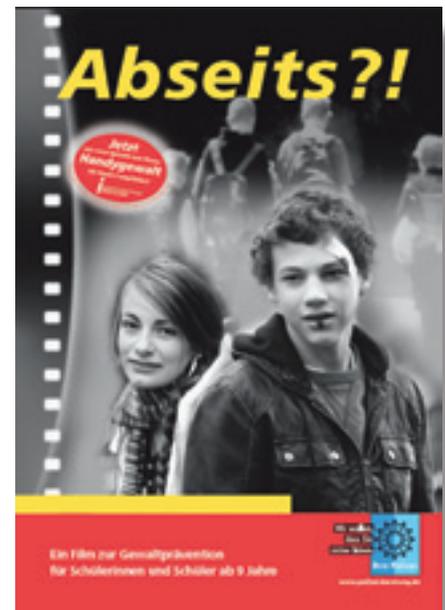
Kompetent. Kostenlos. Neutral.

prävention der Länder und des Bundes und Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg. „Der Film ist hervorragend geeignet, um diesen Grausamkeiten die vermeintliche Harmlosigkeit zu nehmen, für das Leid der Opfer zu sensibilisieren und Unrechtsbewusstsein zu schaffen“, so Hammann. Dies bestätigt auch die Auszeichnung.

In einer fünfminütigen Episode wird der Übergriff einer Gruppe von vier Jugendlichen auf einen Gleichaltrigen gezeigt. Dieser sucht dank der Unterstützung einer Mitschülerin Hilfe bei Eltern und Polizei und kann sich so erfolgreich gegen die Täter wehren. Dabei greift der Film Erfolg versprechende Faktoren der Präventionsarbeit auf: Er thematisiert das mangelnde Mitgefühl der Täter, in dem er die Opferperspektive einnimmt und zeigt darüber hinaus, welche Möglichkeiten der Angegriffene hat, sich zu wehren. Er appelliert an die Zivilcourage der Mitschüler, sich einzumischen und dem Opfer zu helfen. Auch die strafrechtlichen Konsequenzen für die Täter sind Thema. Die Botschaft ist: Nicht nur die Körperverletzung, auch die Verbreitung der Tathandlung mittels Mobiltelefon, ist eine Straftat. Lehrerinnen und Lehrer finden in einem Begleitheft zum Film Anregungen für den Unterricht, die in Zusammenarbeit mit erfahrenen Pädagogen entwickelt wurden.

„Handygewalt“ wurde 2009 in Koo-

peration mit dem Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) zum ersten Mal veröffentlicht. Der Film ist Teil des Medienpakets „Abseits?!“, das die Polizei für die Gewaltprävention an Schulen konzipiert hat. „Abseits?!“ umfasst insgesamt fünf Kurzfilme zu den Themen Mobbing, Sachbeschädigung, Abzocke sowie verbale und körperliche Aggression. Aufgrund der hohen Nachfrage und positiven Resonanz hat die Polizei das Paket, das 2004 zum ersten Mal erschien, 2009 neu aufgelegt und um den Film „Handygewalt“ ergänzt. Insgesamt wurden gemeinsam



mit dem IZMF 80.000 DVDs produziert.

Auf der Website der Polizeilichen Kriminalprävention können Interessierte den Film „Handygewalt“ ansehen: www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/gewalt/handygewalt/kurzfilm.html, oder auf YouTube: www.youtube.com/watch?v=z_6AdoHn4EU.

Weitere Informationen über den Film und das Medienpaket sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.polizei-beratung.de/medienangebot/details/form/7/79.html

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) verfolgt das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht u. a. durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

Europa, die im Bereich Kriminalprävention tätig sind, nahmen daran teil. Ziel der Konferenz war es, sich über besonders gelungene Polizei-Präventionsprogramme für Schulen europaweit auszutauschen.

Der Film „Handygewalt“ thematisiert das unter Jugendlichen verbreitete „Happy Slapping“, das Filmen und anschließende Verbreiten von Gewalttaten mittels Mobiltelefon. „Erschreckend dabei ist, dass die Täter an immer noch spektakuläreren Taten interessiert sind, um dadurch Aufsehen zu erregen – mit immer schlimmeren Folgen für die Opfer. Diese stehen der massenhaften Verbreitung solcher Videoclips meist hilflos gegenüber“, sagt Prof. Dr. Wolf Hammann, der Vorsitzende der Polizeilichen Kriminal-





Großer Schaden. Kleine Karte. *Schnelle Hilfe.*



Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Keine Wartezeit im Verkehrs-Rechtsschutz
- Keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Rundum sorglos mit der Advocard

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen:

Advocard KundenServiceCenter:
(040) 23 73 10

OSG der Gewerkschaft der Polizei:
(0211) 710 42 02

Bitte einsenden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **Schneller geht's per Fax:** 0211 / 710 42 72

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Wohnort

GdP-Mitgliedsnummer Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners

E-Mail

Ich wünsche ab Datum (TT.MM.JJJJ)
(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

- Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**
verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)
- Single Tarif jährlich **55,00 €***
- Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €***

- Privat-Rechtsschutz**
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 ARB 2011) ohne Berufs-Rechtsschutz
- jährlich **106,13 €***
- halbjährlich **54,74 €***
- vierteljährlich **27,93 €***
- monatlich **9,31 €***

- Privat- und Wohnungs/Haus-Rechtsschutz**
verwaltet durch die Advocard Rechtsschutzversicherung AG (§ 21 u. 24 ARB 2011) ohne Berufs-Rechtsschutz
- jährlich **159,37 €°**
- halbjährlich **82,20 €°**
- vierteljährlich **41,94 €°**
- monatlich **13,98 €°**

Einzugsverfahren

- Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH und/oder
- die Advocard Rechtsschutzversicherung AG
- wird/werden widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldintitut

BLZ KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift des Kontoinhabers

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) Gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Versicherungssumme: Im Verkehrs-RS: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen. Im Privat-RS/Privat- und Wohnungs-RS: Unbegrenzt und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Datum (TT.MM.JJJJ) Unterschrift

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

° **Beiträge:** Wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer (zzt. 19 %) und Zahlungsbonus für 1/2-jährliche (2 %) und jährliche (5 %) Zahlungsweise. Nebengebühren werden nicht erhoben. **Vertragsdauer:** 3 Jahre. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Die angegebenen Beiträge gelten für eine Vertragsdauer von 3 Jahren.

Psychologie der Eigensicherung

Uwe Füllgraves „Psychologie der Eigensicherung“, 2002 erstmals erschienen und nun in einer dritten erweiterten Auflage vorliegend, gilt Fachleuten, die sich mit polizeilichem Einsatzverhalten, mit Eigensicherung und der Bewältigung von Gefahren- und Gewaltsituationen beschäftigen, mittlerweile als Klassiker. Polizeilehrer und Einsatztrainer loben den schnörkellosen Praxisbezug, die zahlreichen Beispiele und die Verhaltenstipps,

die zwar aus psychologischen Konzepten und empirischen Studien entwickelt wurden, aber doch auf die handfeste Polizeiarbeit abzielen.

Mit nahezu missionarischem Eifer versucht uns der Autor zu überzeugen, dass Überleben kein Zufall ist, dass es vielmehr eine ganze Kiste voller Werkzeuge gibt, die dem Polizeibeamten helfen, selbst lebensbedrohliche Situationen zu meistern. Allerdings bringt es eben nur zur

Meisterschaft, wer aktiv seine polizeilichen Kompetenzen trainiert, von der „gelassenen Wachsamkeit“ über spieltheoretische Strategien (Tit-for-tat) bis zum souveränen Umgang mit Kampf- und Angriffstechniken skrupelloser Gewalttäter.

Füllgraves Fundus ist unerschöpflich, dabei ist „Psychologie der Eigensicherung“ weniger ein Lehrbuch, das den Anfänger an die Hand nimmt und ihm

forum

LESERMEINUNG

Fortsetzung von Seite 5

alismus. Deshalb passierte auch nie etwas Entscheidendes. Wir wurden sozusagen als gut funktionierender Selbstläufer behandelt, zumal wir dazu noch Jahr für Jahr mit ausgezeichneten Kriminalitäts- und Verkehrsstatistiken glänzten. Also selber schuld. Die Politik kann Reklame mit uns machen, dankt es uns aber nicht.

Günter Klinger, GdP-Landesseniorenvorsitzender Bayern

Zu: Frau komA kommt, DP 4/11

Das Land Baden-Württemberg hat zum 27. Juni 2006 eine Verwaltungsvorschrift Gewaltvorfälle, Schadensereignisse an Schulen – Verhaltens VwV erlassen, die bei uns im Landkreis in Form eines eigenen „Krisenordners“ umgesetzt wurde, der seit Dezember 2006 an allen Schulen in unserem Landkreis eingesetzt und ständig aktualisiert wird. Diese Unterlagen wurden auch am 11. März 2009 von der Albertville-Realschule genutzt und stellten insbesondere dem Sekretariat/ Rektorat eine sehr gute Hilfe zur akuten Krisenbewältigung dar. Das von uns entwickelte Handlungskonzept wurde auch in der Expertenkommission zur Aufarbeitung des Amoklaufs von Winnenden als sehr vorbildlich bezeichnet und die Vorteile in der Empfehlung Nr. 75 genannt und auch in dem Abschlussbericht des Sonderausschusses vom Landtag BW übernommen (nach dem 11. März 2009 erhielten wir eine Vielzahl von Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet zu unserem Krisenordner).

Im April 2010 veröffentlichte Frau

Berger vom hiesigen Staatlichen Schulamt Backnang das Handbuch „... und wenn's bei uns passiert?“, in dem sie nicht nur ihre eigenen Erlebnisse vor Ort (sie betreute Schulklassen der evakuierten Schule in der Nachtatphase zusammen mit einem Polizeibeamten des EA Betreuung) schildert, sondern auch die aller beteiligten Institutionen (Polizei, Kommune, Schule, Feuerwehr, Rettungsdienst) und daraus konkrete Vorschläge für andere ableitet, die vielleicht einmal selbst eine solche Situation meistern müssen.

Die beiden Abschlussberichte sowie diese in Fachkreisen sehr nachgefragte Veröffentlichung mit vielen praktischen Hinweisen vermisste ich in der aufgezählten Fachliteratur.

*Leo Keidel,
HKH und Soziologe Winnenden,
PD Waiblingen*

Zu: Vielleicht bürgern sich die „Woopies“ ein, DP 5/11

Mit großem Interesse habe ich die Ratschläge und Anregungen von Heinz Blatt für die „Zeit danach“ gelesen. Endlich mal wieder ein Artikel, der uns Ruheständler und Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, direkt anspricht. Das, was in der „Zeit danach“ auf die „Neu-Pensionäre“ zukommt, rechtzeitig zu erkennen und die Vorbereitung darauf fördern, ist das Anliegen des Autors, der sich als Referent bei den GdP-Seminaren in Rheinland-Pfalz einen Namen gemacht hat. Es ist wohlwollend zu lesen, dass in dem Artikel seniorenpezifische Fragen und Probleme thematisiert werden, denn man muss dem Verfasser zustimmen, dass kein anderer Lebensabschnitt solche Konsequenzen nach sich

zieht, wie der Ruhestand. Die GdP sollte diese Thematik auch weiterhin im Auge behalten und mit Engagement und Sorgfalt weiterentwickeln.

Walter Heß, Betzdorf

Zu: Ziviler Ungehorsam – militante Gewalt, DP 3/11

Es gibt in der Welt nur zwei Arten von Gesetzen. Naturgesetze und Gesetze die vom Menschenwillen gemacht werden. Entsprechen die Gesetze der Realität nicht mehr, so müssen sie geändert werden. Macht man es nicht, dann haben wir die angeführten politischen Probleme jedes Jahr. Am 13. und 19. Februar 2011 handelte es sich nicht um Demokraten, die im Einsatz waren, sondern um die Prügelknaben der Nation. Wie lange haben die Polizisten dafür noch Verständnis?

Siegfried Ziegner, per E-Mail

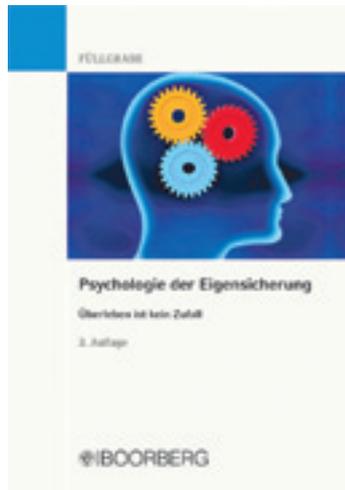
Zu: Leserbrief des Kollegen Wittkopf, DP 5/11

Der Rentenanspruch, der vor meinem Beamtenverhältnis erworben wurde (Januar 1946 bis September 1965) interessiert den Dienstherrn schon. Meine Pension wird jeden Monat um den Betrag gekürzt, der 60 % meiner Rente ausmacht. Zurzeit rund 350 Euro monatlich, jährlich 4.200 Euro, in nun 15 Jahren 63.000 Euro, ohne zusätzliche Kürzungen, die mein Dienstherr an mir sparte. Ich war wohl nur ein Polizist 2. Klasse, denn warum bekomme ich nicht gemäß meiner Dienstjahre eine Pension? Nach einem Gespräch zum obigen Thema: „Es ist doch kein Geld da.“

Theo Schürmann, Gelsenkirchen



REZENSION



die Lektionen der Überlebenskunst in schlüssiger Abfolge darlegt, als vielmehr ein Kompendium, das der Experte immer wieder aufschlägt, um sich über Gewaltvermeidung, Gefahren einschätzung und Situationsbewältigung weiterzubilden.

Erfreulicherweise belässt es Füllgrabe nicht bei trockenen Begriffen wie Gewaltvermeidung. Er setzt auf die Strahlkraft griffiger, metaphorischer Termini wie Gefahrenradar, Stressimpfung, mentales Judo oder psychologisches Immunsystem. Unübertroffen sind seine Handlungseunuchen, gegen die er zu Felde zieht, weil die vor lauter Kommunikationsmodellen nicht mehr zur notwendigen Tat schreiten können. Füllgrabe hat all diese Begriffe nicht erfunden, aber er verwen-

det sie mit so viel Überzeugungskraft, mit so viel Verve, dass man meint, er hätte sie alle eigens für seine Psychologie der Eigensicherung geprägt, um uns für seine Botschaften restlos zu begeistern. Das ist die größte Stärke des Buches. Es ist voller Leidenschaft für die Sache – und die Sache ist alle Leidenschaft wert. Schließlich geht es darum zu verhindern, dass Polizeibeamtinnen und -beamte im Einsatz ihre Gesundheit oder gar ihr Leben lassen.

Dr. Hans Peter Schmalz

Psychologie der Eigensicherung, Überleben ist kein Zufall, Uwe Füllgrabe, Richard Boorberg Verlag, 3. Auflage, 2011, 265 Seiten, 27,50 Euro, ISBN 978-3-415-04433-3

Reise & Erholung

CanKick

Action Abenteuer
prickelnd anders

Top Angebot:
Rafting & Canyoning,
Grillplatte & Foto-CD
2 ÜF / Pension DU-WC,
pro Person nur € 140,00

www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 154,-

www.rafting-oetztal.at/ / office@rafting-oetztal.at / Tel.: 0043 5252 6721

TIROL: „Bergsommer“ Silvretta-Region – Paznauntal

Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols.

Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Appartements, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw., wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Mountainbikeparadies.

Neu: Badesee und Freizeitanlage!

Superpauschalwoche „Bergsommer 2011“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP abwechslungsreiches Aktivprogramm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wanderungen u. vieles mehr.

STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE! Info: Hotel Gami **BERGWELT**, A-6553 See 19 · Tel.: +43 / 5441 / 83 97 · Fax: +43 / 5441 / 83 97-19 · E-Mail: bergwelt@aon.at · Homepage: www.bergwelt-see.at

Franken, bei Bamberg, waldrreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Berliner FeWo Villa Mahisdorf
Tel. 0 30/56 58 58 58 oder 01 79/4 93 68 42

Nordsee/Halbinsel Eiderstedt (bei St. Peter Ording):
2 Pers.-NR-FeWo, 65 m², ab 30 €
www.pauls-oldenswort.de · Tel. 0 48 64/2 10

Kollegin lädt nach Mecklenburg ein
Ferienhaus, Nähe Schwerin, bis 6 Pers., ländlich,
Tel.: 03 87 23 / 8 88 50
www.ferienurlaub-in-runow.de

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 0 48 25/2206

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

Sommerpauschale

gültig vom 10.6. bis 30.9.2011

**Silvretta-Region
Paznauntal**

Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet,
Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.

1 Woche Halbpension ab 255,- €

beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.

Tipp: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen
Neu: Badesee, Freizeitanlage und E-bikes

Tel. +43-5441-8219
Fax +43-5441-8219-4
www.postsee.at
info@postsee.at

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus
bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de

München, Kollege bietet App. für 2 Personen,
ruhige Innenstadtlage, Tel. 01 51/50 11 06 87

Nordsee – Büsum
Zentral gelegene FeWo/Bungalow
Tel.: 0 48 34/93 66 08 · Fax: 96 05 71

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Urlaub im Chiemgau
2 ***-FeWo, 60 und 90 m², bis 5 Pers.
40,- und 50,- €/2 Pers.,
noch Termine frei. Ruf einfach mal an:
Tel.: 0 86 41/28 00 oder schau mal rein:
www.ferienwohnung-schuetzinger.de

Bayr. Alpen, Saulgrub bei Oberammergau
v. Koll. gemütliche FeWo, 2-5 Pers., 31,-/40,- €,
Sat-TV, Südbalkon, Alpenblick.
Prospekt: Tel. 0 88 45/95 84, Lkr. Garmisch
E-Mail: karl.unhoch@t-online.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Süstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Seychellen
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit
Kollegentarifen ab € 60 p. P.
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese,
www.ferienwohnungen-Deharde.de, 0 48 37/3 30

Italien/Adria © Cesenatico
gepflegtes Familienhotel, direkt am Meer. www.hotelgiove.it
1 Kind b. 2 J. GRATIS! 3-9 J. 50%
HP ab € 36,- /VP ab € 40,-
Info in D: 0 83 89/3 81



Symbole des Lebens – Ressourcen zum Leben

Zwei Worte: Wer sie liest oder hört meint, sie gehören schon immer zu uns, ins deutsche Haus der Sprache. Aber dem ist nicht so; doch davon später. Erst einmal das Leben und seine Symbole.

der Willkür ausgeliefert zu sein. Willkür will sagen, dass kurzfristig zurückgenommen wird, was längerfristig zugesagt war; ja sogar Maßnahmen getroffen waren, die ein ersehntes Ziel haben näher rücken lassen.



Das Heimkehrerdenkmal des Grenzdurchgangslagers Friedland.
Foto: Jens Schlueter/ddp images

„Ich weiß mich erst entlassen, wenn ich Friedland erreicht habe!“, so nicht nur einer, sondern Hunderte und Tausende der deutschen Kriegsgefangenen, die gegen Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts durch einen politischen „Deal“ aus der russischen Kriegsgefangenschaft entlassen waren. Sie haben in den Jahren ihrer Kriegsgefangenschaft erlebt, was es heißt, nicht nur Kriegsgefangener, sondern auch

Und warum gerade „Friedland“, mag der Leser jetzt fragen. Diese ehemaligen deutschen Soldaten wussten einfach aus ihrer langen Erfahrung, solange sie im Herrschaftsbereich der Sowjetunion, die es zu der damaligen Zeit eben gab und zu ihr gehörte auch die ehemalige DDR, kann noch immer für einen einzelnen als auch für eine ganze Gruppe rückgängig gemacht werden, was so hoffnungsvoll und zukunftsweisend in die Gänge gebracht wurde: die Entlassung. Erst als diese Transporte in den Bahnhof von Friedland einfuhren, wussten diese Männer, dass für sie die Stunde der Freiheit geschlagen hat und ganz spontan sangen sie: „Nun danket alle Gott ...“ und dachten sicher auch an jene Kameraden, die diese Gefangenschaft nicht überlebt oder die noch in diesen Lagern zurückgehalten wurden und diesen Augenblick für sich ersehnen.

Noch einmal: Aber warum gerade Friedland? Heute eine Kleinstadt mit ca. 7.000 Einwohnern. Es war die erste Bahnstation auf westdeutschem Gebiet; damals britische Besatzungszone. Dort wurde ein sogenanntes Durchgangslager für entlassene Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Vertriebene aus dem damaligen Herrschaftsbereich der Sowjetunion eingerichtet, die in den westlichen Besatzungszonen bei Familien, Angehörigen und anderwei-

tig Bekannten einfach heimisch werden wollten. Hier endete der Zugriff der Willkür und Menschen wussten sich bei aller Not und teilweise großer Ungewissheit einfach sicher und befreit. Niemals hätte Friedland an diese seine Rolle bis heute gedacht. Die Ereignisse der Nachkriegszeit gaben diesem Städtchen diesen Stellenwert. Es wurde zu einem Symbol für Freiheit verbunden mit der Gewissheit „endlich im Westen“ angekommen zu sein. Ganz unerwartet ist dieses Städtchen so in die Erfahrung und Wertschätzung von Menschen gekommen und lebt so in ihrer Erinnerung fort.

Ähnlich das Brandenburger Tor in Berlin. Entworfen als Eingangstor in die Straße „Unter den Linden“, genutzt als Wach- und Zolltor, ist es seit 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer zu einem Symbol der Freiheit geworden. Für die einen, denen genommen wurde, worüber sie bislang verfügten: die Bewegungsfreiheit und was mit ihr verbunden ist. Für die anderen eine Mahnung, Mitbürger und Mitmenschen hinter der Mauer nicht abzuschreiben.

Friedland, das Städtchen in der Nähe von Göttingen und das Brandenburger Tor in Berlin bringen auf die Spur, was unter Symbol zu verstehen ist. Beide stehen für einen Lebenswert, der sie nicht geschaffen haben; der aber für Menschen einen hohen Stellenwert einnimmt: die Freiheit. Mit beiden war dieser Lebenswert nicht verbunden. Aber beide sind zu diesem sichtbaren Zeichen geworden, weil Menschen mit ihnen die Erfahrung von Freiheit als Befreiung erlebt und erfahren haben und gerade unter dem Brandenburger Tor diese geschenkte Freiheit Jahr um Jahr am Tag der deutschen Einheit feiern.

Symbole des Lebens – zwei von vielen. Sie lassen aber ahnen, was mit dem Wort Symbol gesagt sein will, selbst wenn es zunächst ein „Fremdling“ im Haus der deutsche Sprache ist, aber zwischenzeitlich so heimisch geworden ist, dass nur Kenner um seine Herkunft aus der griechischen Sprache wissen. Zusammenfügen, zusammenbringen – mit einem Ort oder Zeichen verbinden, sagt das griechische Tätigkeitswort „symbollein“, das die Wurzel für unser deutsches Wort Symbol hergibt. Und wenn wir das Wort symbolisch gebrauchen, unterstreichen wir nicht das Unverbindliche sondern im Gegenteil:



LEBENSWERTE

Das Verbindende in seiner Verbindlichkeit und bedienen uns eines Zeichens wie den Ring, den Handschlag, die Einladung zum Essen, Konzert oder einfach zu einem Glas Wein. Immer geht es darum, zu festigen, was im Alltagsgeschäft sich etwas gelockert hat. So eine Geste hat ihren symbolischen Wert und dieser möchte auch als solcher bejaht und anerkannt sein. Aber immer geht dem ein innerer Prozess voraus, ein Nachdenken, eine Einsicht, die selbst einer einfachen Geste diesen symbolischen Stempel aufdrückt.

So hat der Therapeut C.G. Jung recht, wenn er Symbol umschreibt: „Ein Wort, ein Bild, wenn es mehr enthält, als man auf

den ersten Blick erkennen kann“; und Chevalier, ein französischer Chansonsänger meint. „Wir leben nicht nur in einer Welt von Symbolen. Eine Welt von Symbolen lebt in uns“!



„Alles ist Botschaft“, so ein Titel einer Kleinschrift. Er will aufmerksam machen, dass alles den Menschen ansprechen möchte; nicht allein eine sprudelnde Quelle oder ein Samenkorn; beide ein Hinweis für unverwüsthliche Wachstumskraft in der Natur, der Schöpfung; auch Technik kann und will zum Symbol werden: Brücken,

Oberleitungen der Bahn, selbst Gleise und Gleisanlagen können zum Wort werden; so auch das Zeichen der GdP, die Buchstaben in dem Stern. Einmal ein Erkennungszeichen für Mitglieder innerhalb der Polizei; dann aber auch ein Begleitzeichen weit über die Dienstjahre hinaus. Es bringt den Polizeidienst auf den Nenner: „Mit euch bin ich Bürger – für euch bin – war – ich Polizist“. Einfach eine Kurzformel, die schnell erfrischen kann, was müde geworden ist: die Freude am Leben – am Vergangenen, Gegenwärtigen und auch auf Zukünftiges hin.

P. Bernhard Pieler, Pallottiner, Vallendar

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung

TOP-ZINSSÄTZE

- für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
- auch für Pensionäre bis 58 Jahre
- Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
- Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
- Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
- auch ohne Ehepartner
- für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite
- Kostenlose Beratung: Mo.–Fr. von 8–20 Uhr

Info-Büro: 08 00/7 78 80 00
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 0 51 30/79 03 95
jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.sonderdarlehen.de
I-Phone-App gratis: Beamtendarlehen
NULLTARIF: 0800 056 7836

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48

Seit 1980 vermittelt PEGUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €. • Laufzeit bis 120 Monate • ohne Auskunft bis 7000 €
45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

CREDITOLO
DEUTSCHLANDS SCHNELLES ONLINE-KREDIT

Entdecke die finanziellen Möglichkeiten

- Ratenkredite & Umschuldung
- Beamtendarlehen
- Rahmenkredite & Kreditkarte
- Kredit ohne Schufa-Auskunft

www.creditolo.de
Beratung auch telefonisch
0800-996 5996 5996
Freundlich. Schnell. Kredit.

Brot für die Welt
Postbank Köln 500 500-500

Caritas international **Diakonie**
Katastrophenhilfe

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de **0800-040 40 41**
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD **Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren!**
NÜRNBERGER Mehrfachgeneraleurter Finanzvermittlung Andreas Wendholt · P. 3136 · 46314 Borken-Wesekle

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie*
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter
Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €

AK FINANZ
* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:
Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12-jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanzz.de
www.AK-Finanz.de



Urlaub ist für Paare mehr Stress als Erholung

„Urlaub bringt das Schlechteste im Menschen zum Vorschein“ meint der Psychologe Tremor Ellis. Tatsache ist: Jede dritte Scheidung wird nach den freien Tagen eingereicht. Der große Erwartungsdruck und die Liebe und Glückseligkeit auf Knopfdruck zerrten schon an so mancher Beziehung.

Eine britische Umfrage ergab: Zehn Prozent bereuen es, mit dem Partner in Urlaub gefahren zu sein. Befragungen von Reisenden kurz vor dem Rückflug erbrachten einen Anteil von 40 bis 50 Prozent Unzufriedenen. Bezeichnenderweise sinkt diese Quote auf etwa 15 Prozent, wenn die gleiche Frage einige Wochen später gestellt wird: Die gesellschaftliche Konvention – Urlaub ist schön – bewirkt offenbar einen partiellen Gedächtnisver-

Nacht), das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern soll liebevoll und harmonisch sein wie im Kitschroman.

Der tiefere Grund des Phänomens Urlaubsenttäuschung liegt in der groben Überschätzung des Ferieneffekts. „An den Urlaub werden so hohe Wunschvorstellungen von Glück und Entspannung gestellt, dass die Realität notwendigerweise dahinter zurückbleiben muss“, so Opaschowski. Damit seien Verstimmungen

lig, zu mäkelig, wolle keine Abenteuer und kümmere sich nicht um den Partner. Der Urlaub ist dann ein Risikofaktor, wenn die Beziehung ohnehin schon gefährdet ist. Viele Paare können nicht damit umgehen, dass sie im Urlaub so viel Zeit miteinander verbringen müssen. Im Alltag gibt es vielfältige Strategien, wie man sich aus dem Weg gehen kann. Paare, die sich sonst nur abends und am Wochenende sehen, hocken plötzlich rund um die Uhr aufeinander.

Alles neu – alles überfordert

Dazu kommen die fremde Umgebung, fremdes Klima, fremdes Essen. Die Gegend sieht selten so schön aus wie im Reiseführer; das Wetter kann schlecht sein und der Strand überfüllt. Wer übertriebene Erwartungen vermeidet, wird nicht allzu sehr enttäuscht sein.

Ferien-Mesallianzen liegen auch häufig an der Unvereinbarkeit der Urlaubsvorlieben. Das bedeutet für viele Paare mehr Stress als Erholung und das sorgsam ausbalancierte Gebilde des Zusammenlebens im Alltag gerät ins Wanken. Weder Spaß und Harmonie noch gutes Wetter oder guter Sex sind selbstverständlich. Sie lassen sich nicht erzwingen. Viele Paare wollen in den Ferien nachholen, was sie im Alltag versäumt haben. Aber das funktioniert nicht auf Knopfdruck. Die Zweisamkeit im Urlaub, hoffen einige, wird viele Probleme von selber lösen. Falsch! Das kann nur jeder für sich selbst.



Foto: Chris Cheadle/dpa

lust und die Urlaubsfotos hübschen die Erinnerungen auf.

Glückszwang Urlaub

Von einer Art „Glückszwang“ spricht der Hamburger Freizeitforscher Horst Opaschowski. Hotel und Landschaft will der Urlauber „wie im Paradies“ haben; die Paarbeziehung soll knistern wie am ersten Tag (vor allem wie in der ersten

„fast programmiert“. Die Erholungsreise sei ein „hochkonfliktärer Bereich“.

Wer aber zugebe, Ferien der missratenen Sorte verlobt zu haben, setze sich dem „Risiko sozialer Geringschätzung“ aus: „Die Urlaubserlebnisse müssen der Inquisition der Freunde, Nachbarn und Kollegen standhalten.“

In Deutschland wird jede dritte Scheidung nach den freien Tagen eingereicht. Hauptkritikpunkte: Er/sie sei zu langwei-

Der britische Psychologe Tremor Ellis behauptet, Urlaub bringe „das Schlechteste im Menschen“ zum Vorschein. Sicher eine Übertreibung, doch wenn man an die morgendlichen Rangeleien um Liegestühle am Pool oder an die fast schon kriminelle Energie denkt, mit der die Halbpensionsgäste das Frühstücksbüfett in Plastiktüten verschwinden lassen, um mittags ein paar Euro zu sparen, ist an der Aussage doch etwas Wahrheit.

Heike Stüvel



Parken mit dem Wohnmobil nicht überziehen

Überall parken, wo es nicht verboten ist – diese Regel gilt für Wohnmobile nur eingeschränkt. Erlaubtes Parken mit

einem Wohnmobil liegt dann nicht mehr vor, wenn der Zweck „verkehrsfremd“ ist. Anders gesagt: Der Grund für das Parken

muss in erster Linie immer in der Teilnahme am Straßenverkehr liegen.

Wie der ACE Auto Club Europa erläuterte, werden die Grenzen des zulässigen „Gemeingebrauchs“ einer Straße überschritten, wenn Wohnmobilisten dort mehrere Tage campieren. Man dürfe eine der Fortbewegung dienende Straße durchaus zum Parken nutzen, nicht aber zum mehrfachen Übernachten.

Diese rechtliche Einschränkung muss nach den Worten des ACE-Verkehrsexperten Volker Lempp befolgt werden, obwohl die Straßenverkehrsordnung (StVO) dazu keine spezielle Vorschrift enthält. „Einmaliges Übernachten auf dem Parkplatz ist wohl erlaubt, da es im Zweifel der Ruhe und Erholung für die Fortsetzung der Fahrt dient. Bei mehrmaligem Übernachten überwiegt jedoch eindeutig der Wohnzweck“, betonte ACE-Fachmann Lempp. Wer die Konvention ignoriere, dem drohe ein Bußgeld.

ACE Auto Club Europa



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –
- 1,65 % p.a. Guthabenverzinsung

mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



Die weibliche Seite der Polizei

Traditionell stimmt DEUTSCHE POLIZEI mit dem Sommer-Preiswettbewerb auf Urlaub ein.

Da wir kürzlich im März 100 Jahre Internationalen Frauentag feiern konnten, stellen wir diesmal unsere Fragen rund um Frauen in der Polizei und in der GdP.

Man kann durchaus raten, welche der drei Antwortangebote die richtigen sein könnten, aber man kann auch ein wenig recherchieren. Kleiner Tipp: Wer das DP-Titel-Thema im Dezember 2008 gelesen hat, ist bestens mit dem erforderlichen Wissen bedient.

Wir freuen uns auf alle Zuschriften. Viel Glück!

1. Frage:

Welches Bundesland stellte als erstes Frauen in den allgemeinen Polizeivollzugsdienst ein?

- a) Rheinland-Pfalz
- b) Hamburg
- c) Bayern

2. Frage:

Wann wurde der erste Frauenförderplan der GdP (Bund) verabschiedet?

- a) 1990 auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress der GdP
- b) 1994 auf der 1. Bundesfrauenkonferenz der GdP in Suhl
- c) 1998 auf dem 21. Ordentlichen Bundeskongress der GdP in Bremen?

3. Frage:

Wie hieß die erste Kollegin, die 1953 beim 2. Ordentlichen Bundeskongress der GdP in den Gewerkschaftsvorstand der GdP (Bund) gewählt wurde?

- a) Anna Zabel
- b) Frieda Nommel
- c) Käte Biebel

4. Frage:

Unter welchem Gesetzestitel wurde im Jahr 2002 die Regelung „Wer schlägt, geht!“ im Zivilrecht verankert?

- a) Gesetz zur Verhinderung von häuslicher Gewalt
- b) Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (GewSchG)
- c) Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz im häuslichen Bereich

5. Frage:

Wie lautete das Motto der ersten GdP-Bundesfrauenkonferenz 1994 in Suhl?

a) Frauen in der GdP – die Zukunft ist weiblich!

- b) Polizei ohne Frauen ist arm dran!
- c) Frauen bereichern Polizei!

6. Frage:

Wie heißt die Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), die im vergangenen Jahr ihr Amt antrat?

- a) Silvia Plasting
- b) Anke Vielfalt
- c) Dagmar Hölzl

7. Wie hoch ist gegenwärtig der Frauenanteil in der GdP?

- a) rund 23 Prozent
- b) rund 27 Prozent
- c) rund 31 Prozent

Einsendeschluss: 4. Juli 2011

(Die Gewinner werden in der August-Ausgabe 2011 bekannt gegeben.)

Lösungen unter dem Kennwort „Preiswettbewerb“ an: Gewerkschaft der Polizei
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4

10555 Berlin
oder per E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de
Telefax: 030 - 39 99 21 - 200

Sollten mehr richtige Lösungen eingehen, als Gewinne bereitstehen, entscheidet das Los. Eine Barauszahlung, Auszahlung in Sachwerten oder Tausch der Gewinne ist nicht möglich. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind hauptamtlich Beschäftigte der Gewerkschaft der Polizei. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Das sind die Preise:

1. Preis: Chronograph F16 von Luminox

2.-11. Preis: Force Coffret mit jeweils 55 ml Force Eau de Toilette und 150 ml Force Duschgel von Biotherm Homme

12.-21. Preis: Pflegeset für Sie und Ihn mit jeweils 2 Augen-Roll-On, 2 Bodylotions (Aloe Vera und Mango), 4 Deos

22. Preis: Taschenlampe (OSG)

23. Preis: Kulturtasche (OSG)

24. Preis: Drink Safe (OSG)

25. Preis: Tasche mit Regenschirm (OSG)

26. Preis: Fächermappe (OSG)

27. Preis: Notizmappe (OSG)





FRAUENGRUPPE (BUND)

Häusliche Gewalt gehört in die Polizeiliche Kriminalstatistik

Mit wie vielen Fällen häuslicher Gewalt sich Polizistinnen und Polizisten jedes Jahr in Deutschland beschäftigen, weiß niemand. Bundesweit hat dieses Deliktfeld viele verschiedene Namen (u.a. Beziehungsgewalt, Gewalt in sozialen Nahbeziehungen) und erfährt fast ebenso viele Auslegungen.

In einem Land, in dem ein Viertel aller Frauen mindestens einmal im Leben körperliche oder sexuelle Gewalt (oder beides) durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt, sehen sich fast alle Kolleginnen und Kollegen in der Polizei im Lauf ihrer Dienstzeit mit diesem Phänomen konfrontiert. Grund genug für die Frauengruppe (Bund) der GdP, sich auch zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes dem Thema zu widmen – und zwar in erster Linie aus der Sicht ihrer Mitglieder.

Zu einem intensiven Arbeitstreffen kam daher die neue AG Häusliche Gewalt der Frauengruppe Bund Anfang Mai in Berlin zusammen. Die Expertinnen tauschten Informationen und Erfahrungen aus, diskutierten Defizite und be-

rieten über Handlungsmöglichkeiten in der Bearbeitung eines Deliktfeldes, dem es in den Dienststellen vor Ort aber auch bei politischen Entscheidungsträgern in Land und Bund offenbar an Beachtung fehlt.

Wie sonst wäre es zu erklären, dass es trotz umfangreicher wissenschaftlicher Befunde über Ausmaß, Hintergründe und Folgen von Gewalt gegen Frauen und trotz eindeutiger internationaler Verpflichtungen, noch immer an einer bundeseinheitlichen Definition für den Tatbestand häuslicher Gewalt mangelt und das Delikt keinen Platz in der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes hat.

„Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Eine umfassende, bundesweit vergleichbare Definition würde die Vielzahl der Einsätze und auch deren Bedeutung für die tägliche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen endlich sichtbar machen“, ist sich die AG-Leiterin Christl Kern sicher. Gemeinsam mit den anderen Kolleginnen der AG will sie in den nächsten Monaten zusammentragen, welche Belastungen diese Einsätze mit sich bringen und was Dienstherr und Gewerkschaft tun können, um die

eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu schützen, zu entlasten und in ihrem Engagement zu stärken. Denn mit ihren oft unbefriedigenden Einsätzen in den zumeist unübersichtlichen Situationen häuslicher Gewalt tragen die Kolleginnen und Kollegen sie nicht nur zur Strafverfolgung, sondern auch zur Gefahrenabwehr bei – und sie haben ein Recht auf angemessenen Arbeitsschutz, Anerkennung ihrer Arbeit und Achtung ihrer Leistung. Das stützt sie auch in ihrem Bemühen um die Opfer häuslicher Gewalt.

Anja Weusthoff

Bereits im Februar 2005 hatte DP über die wegweisende Studie berichtet, die im Auftrag des BMFSFJ entstanden war: „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“. Zusätzliche Erkenntnisse erbrachte die Untersuchung „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“ (2009). Die beiden Studien sowie eine dritte Befragung zum Gewalterleben von Männern können als Broschüre beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestellt bzw. im Internet unter www.bmfsfj.de heruntergeladen werden.



Das Geschäft mit der Nachhilfe

von Thomas Gesterkamp

Immer mehr Schüler erhalten kostspieligen Zusatzunterricht – wenn ihre Eltern sich das leisten können. Nachhilfestunden sollen die Mängel des Bildungssystems ausgleichen.

Als ihr Sohn Lukas mit der zweiten 5 in Mathematik nach Hause kam, machte Karin Wortmann* pädagogisch betrachtet alles richtig. Sie schimpfte nicht, sie drohte nicht mit Sanktionen, sie machte aber auch deutlich, dass es so nicht weitergehen könnte. Sie besprach sich mit Lukas' Vater, eine Woche später ging der Junge

gar eine gefährdete Versetzung führen zu Konflikten in vielen Familien. Bei Lernstandserhebungen und vor dem Übergang auf die weiterführende Schule sind Eltern besonders alarmiert. Was tun? Die Zeit ist knapp und abgesehen davon sind Erziehungsberechtigte nicht automatisch gute Pädagogen. Es trägt wenig zum Familien-

ter. Das schätzt eine Untersuchung, die die Bertelsmann-Stiftung 2010 vorgelegt hat. Mindestens jedes vierte Kind macht danach während seiner Schullaufbahn Erfahrungen mit bezahltem Zusatzunterricht. Den Bildungsforscher Klaus Klemm, einen der Verfasser der Studie, hat vor allem der wachsende Anteil der Grundschüler überrascht: „Wir vermuten, dass der Druck der Elternhäuser schon in diesem Alter zunimmt.“

Allein die beiden Marktführer, Studien-



erstmal in ein Nachhilfe-Institut. Ältere Schüler, Studenten und Akademiker ohne feste Stelle unterrichten dort am Nachmittag und bis in den Abend hinein – um zu erklären, was Kinder am Vormittag nicht verstanden haben und Lehrer nicht vermitteln konnten.

Nachhilfe ist ein Saisongeschäft. Im Winter, spätestens nach den Halbjahreszeugnissen, kommt es richtig in Schwung. Schlechte Noten in Klassenarbeiten oder

frieden bei, wenn Mama dauernd mahnt und meckert oder ausgerechnet Papa alles besser weiß. Also muss professionelle Hilfe her.

Das Geschäft mit der Zusatzbildung floriert: Knapp 4.000 Einrichtungen offerieren inzwischen ihre Dienste. 1,1 Millionen Schüler erhalten in Deutschland regelmäßig Nachhilfe, rund 1,5 Milliarden Euro beträgt der Jahresumsatz der Anbie-

Abiturvorbereitung mit Nachhilfe

Foto: Robert Haas/dpa

kreis und Schülerhilfe, unterrichten rund 150.000 „Kunden“. Der bereits 1974 gegründete Studienkreis mit Sitz in Bochum gehört zur Franz Cornelsen Bildungsholding, laut Eigenwerbung „eine der größten privaten Bildungseinrichtungen Europas“. Unter diesem Dach sind neben mehreren



Schulbuchverlagen rund 1.000 Nachhilfeschoolen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg zusammengefasst. Große Beachtung fand der Studienkreis, als er 2007 ungewöhnliche Vertriebswege per Discounter beschrift. Beim Kaffeeröster Tchibo gab es günstige „Schnupperangebote“: ein Monat Nachhilfe in Mathe, Englisch oder Deutsch für 49,90 statt für 200 Euro.

Wichtigster Konkurrent ist die Schülerhilfe GmbH mit Sitz in Gelsenkirchen. Hinter dem altmodisch klingenden Firmennamen verbergen sich auch hier weitverzweigte unternehmerische Verflechtungen. Die Schülerhilfe ist eine Tochter des Sylvan Learning Center, des größten privaten Nachhilfeanbieters in Nordamerika. Sie betreibt 1.100 regionale Standorte in Deutschland und Österreich. Neben rund 200 eigenen Filialen vergibt sie überwiegend Lizenzen im Franchise-System an selbstständige Subunternehmer.

Grauer Markt

Studienkreis und Schülerhilfe decken zusammen erst 15 Prozent des Angebotes ab. Gemeinsam mit mittelgroßen Bildungsdienstleistern wie Lernwerk, Abacus oder Intellego ergibt sich ein Anteil von 25 Prozent. Der Rest des Nachhilfemarktes ist „grau“ strukturiert. Neben lokal agierenden Mini-Instituten unterrichten Gymnasiasten, Studenten, pensionierte Lehrer oder Freiberufler im privaten Wohnzimmer – häufig „schwarz“ jenseits von Steuer und Sozialversicherung. Die Preise schwanken stark: Eine Doppelstunde kann je nach Region, Ausbildung der Lehrkräfte und Form des Unterrichts zwischen sieben und 64 Euro kosten.

Teure Anbieter werben mit gezielter Vermittlung der richtigen Pädagogen und genauer Kontrolle des Lernerfolgs. Bei der Cornelsen-Tochter Studienkreis bleiben die Kinder und Jugendlichen im Schnitt 10 bis 14 Monate. Unterrichtet wird in Kleingruppen oder in den besonders kostspieligen Einzelsitzungen. Extras sind Wiederholungsstunden vor wichtigen Prüfungen und Intensivkurse während der Schulferien mit Eventcharakter. Das „Fußballcamp mit Lernschule“ des Studienkreises ist eine Kombination aus Nachhilfe und Urlaub; „Sinus, Cosinus und Wattenmeer“ wirbt die Schülerhilfe für einen Aufenthalt auf Sylt.

Schon 2006 kritisierte die Stiftung Warentest, dass manche Institute bis zu neun Kinder in eine Lerngruppe stecken. Sie monierte auch hohe Aufnahmege-

Tipps für Eltern

- **Kinder sollten nicht zur Nachhilfe gezwungen werden. Es ist besser, wenn der Wunsch nach Zusatzunterricht nicht nur von den Eltern ausgeht.**
- **Sprechen Sie vorher mit dem zuständigen Fachlehrer über die Leistungsschwächen Ihres Kindes.**
- **Besuchen Sie die Nachhilfeanbieter gemeinsam mit Ihrem Kind, damit es die Chance hat, bei der Entscheidung mitzuwirken.**
- **Holen Sie unterschiedliche Angebote ein und nutzen Sie mögliche Probestunden.**
- **Fragen Sie nach der Größe der Lerngruppen und der Ausbildung der Lehrenden. Privat vermittelte Einzelpersonen sind zwar meist preisgünstiger, erfüllen aber nicht unbedingt vergleichbare Qualitätsstandards. Darüber hinaus sollten hier von den Eltern Seriosität und Vertrauenswürdigkeit geprüft werden.**
- **Schließen Sie keine langfristigen Verträge ab. Achten sie auf kurze Mindestlaufzeiten und auf die Kündigungsfrist.**
- **Beim Vergleich der Kosten sollten Sie eine eventuell zusätzlich fällige Anmeldegebühr einkalkulieren.**
- **Grundsätzlich sollte Nachhilfe möglichst nur vorübergehend sein und nicht zum Dauerzustand werden.**

bühren und lange Vertragszeiten ohne Kündigungsmöglichkeit. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass die Scientology-Sekte Nachhilfeschoolen gegründet hatte, um jugendliche Mitglieder anzuwerben. Auch die rechtsradikale NPD versucht, sich mit kostenlosen Lernangeboten zu profilieren. Es gebe reichlich schwarze Schafe, eine Kontrolle finde kaum statt, lautete das Fazit der Warentester.

Schülerhilfe und Studienkreis lassen sich mittlerweile vom TÜV prüfen; der Interessenverband Nachhilfeschoolen (Ina) hat ein Gütesiegel entwickelt, das Qualitätsstandards garantieren soll. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will das „kommerzielle Nebenschulsystem“, wie es die GEW-Vizevorsitzende Marianne Demmer nennt, der staatlichen Aufsicht unterstellen: Der Unterricht am Nachmittag sei eine

öffentliche Aufgabe in Ganztagsystemen und dürfe nicht privaten Anbietern überlassen werden.

Tröster und Trainer

Eine Ursache für das blühende Geschäft mit der Nachhilfe sehen Experten im steigenden Leistungsdruck. Dieser habe längst die Grundschulen erreicht und verschärfe sich danach durch die verkürzte Gymnasialzeit von acht Jahren. „Eltern müssen vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist“, sagten 67 Prozent der Erziehungsberechtigten dem Meinungsforschungsinstitut Emnid im Herbst 2010. Der Befragung zufolge, die der Kinderwarenhersteller Jako-O in Auftrag gegeben hatte, helfen drei Viertel der Eltern ihren Kindern gezielt vor Klassenarbeiten und bei den Hausaufgaben.

Kommerzielle Hilfe können sich nur die erlauben, die genug Geld haben. Auf soziale Schief lagen deutet eine regionale Auswertung der Bertelsmann-Expertise hin: Danach ist die Nachhilfe-Nutzung in Baden-Württemberg und Hamburg, in Bundesländern mit überdurchschnittlichem Einkommen also, besonders hoch. 19 Prozent der Schüler erhalten hier private Unterstützung, pro Kopf werden jährlich 131 Euro ausgegeben. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind es nur 74 Euro.

Der Bildungsforscher Klaus Hurrelmann interpretiert den Boom der Nachhilfe als Misstrauensvotum der Familien gegenüber staatlichen Institutionen. Überforderte Lehrer, zu große Klassen, hoher Anpassungsdruck – es gebe viele Gründe, warum Kinder im Unterricht versagen. Mitverantwortlich machen Fachleute das deutsche Halbtagsystem, das die Vertiefung des Stoffes ganz selbstverständlich an die Elternhäuser delegiert.

Müttern und Vätern fehlt entweder die Zeit oder die Qualifikation, manchmal auch beides, um ihren Kindern wirklich helfen zu können. In ihrer Doppelrolle als Tröster und Trainer sitzen sie ohnehin zwischen den Stühlen. Deshalb überlassen sie es gerne einer Autorität von außen, Lerndefizite auszugleichen – was aber so manche Haushaltskasse überfordert. Wer gut verdiene, spitzt Wissenschaftler Hurrelmann zu, verfüge schlicht über das Privileg, „sich einen Bildungsvorteil kaufen zu können“.

* Namen geändert



Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,
die Zeiten haben sich geändert und sie ändern sich weiter. Vor 50 Jahren war eine 49 Stunden-Woche normal und es gab 12 Tage Urlaub im Jahr. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, dass das heute anders ist. Viele Gewerkschafter haben dafür gestritten, sind diesen Weg mitgegangen und für sie ist es selbstverständlich, der Organisation, der dieser Fortschritt zu verdanken ist, auch treu zu bleiben. Aber damit haben die Gewerkschaften ein Problem.



Während 1950 die Lebenserwartung bei 65 Jahren lag und in den Gewerkschaften in gewisser Weise keine Älteren vorkamen, ist das heute wesentlich anders. Heute liegt die Lebenserwartung bei rund 80 Jahren und in den Bundesländern gibt es bis zu 33 % Ältere in den Gewerkschaften. Es sind 1,3 Mio. Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, die Versorgungs-

empfänger sind. Die Gewerkschaften sind auf diese Mitglieder angewiesen, aber sie wissen (noch) nicht so recht, wie sie mit ihnen umgehen sollen.

„In unserem Alter“ heißt die Sendung jeden Samstagmorgen im WDR 4. Eine Sendung für alle Hörer über 50. Auch für jüngere Menschen gibt die Sendung wertvolle Anregungen, wenn es um soziale Fragen der älteren Generation geht. Am 30. April hieß das Thema: „Politik statt Butterfahrt – Die Gewerkschaft und ihre Senioren.“ Dazu wurde auch ich interviewt.

In der Sendung wurde klar: Natürlich geht es den Älteren auch um Vorsorgefragen, Patientenverfügung und Geselligkeit. Aber nicht nur darum. Eine solidarische und soziale Gesellschaft ist noch nicht erreicht. Daran wollen sie mitarbeiten. Die Älteren wissen: Wer aktiv die Gesellschaft mitgestalten will, kann das nur mit und in einer Organisation.

Den Senioren in den Gewerkschaften wird es nicht immer leicht gemacht. In einigen Satzungen ist festgeschrieben, dass Senioren nicht in bestimmte Funktionen gewählt werden dürfen. Dies wird als altersdiskriminierend gewertet. In anderen Satzungen ist das wiederum völlig klar,

dass Senioren auch im Geschäftsführenden Landesvorstand mitarbeiten.

Prof. Kruse, Vorsitzender der Altersberichtscommission, wies in diesen Tagen bei der GEW-Tagung (Erziehung und Wissenschaft) „Altersbilder aktiv gestalten – Alter sozial absichern“ in Hannover u.a. darauf hin, dass 2040 der Anteil der Menschen, die über 65 sind, in Deutschland rund 36 Prozent betragen werde. Altern unterliege dem kulturellen Wandel und sei als Aufgabe zu verstehen. „Wer sich nicht um die Älteren kümmert, hat als Organisation und Gesellschaft verloren.“ Innovationskraft, Wissenssysteme, Handlungsstrategien als Humanvermögen seien der Reichtum der Älteren.

Auch die Gewerkschaften stehen jetzt vor der Aufgabe, die Interessen der Jüngeren und Älteren in Balance zu bringen. In einigen Landesbezirken sind die Senioren in Vorstandsarbeit konkret verantwortlich eingebunden. Dieser Weg ist weiter zu beschreiten.

Wenn das Grundsatzprogramm und die Satzung der GdP in nächster Zeit neu geschrieben werden, bringen sich die Senioren ganz sicher mit ihrer Lebenserfahrung mit ein. „Wir übernehmen Verantwortung“ ist ein Motto, das wir leben.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

„BEAMTE – PENSIONEN – STAATSBANKROTT – GdP“

Immer wieder ein dankbares Thema für populistische Stimmungsmache. Da wird unsachlich verkürzt, falsch gegenübergestellt, maßlos übertrieben oder absichtlich weggelassen – gerade so, wie es momentan am besten passt.

Ich erinnere mich noch gut, als ich mit 18 Jahren zur Polizei ging. Was musste ich mir da anhören: „Spinnst du, du verdienst ja nichts, du musst für Andere den Kopf hinhalten, hast keine Rechte, musst dir alles gefallen lassen, wirst versetzt und aus deinem sozialen Gefüge herausgerissen“.

Es stimmte alles, was mir vorhergesagt wurde und es war keine einfache Zeit, finanziell wie auch sozial. Ich leistete eigentlich schon in jungen Jahren meinen Beitrag für eine funktionierende Gesellschaft. Aber warum geht man denn heute so auf uns los?

Wir werden als Abzocker und Profiteure hingestellt, die keinen Cent für ihre Altersversorgung zahlten, Privilegien haben und größtenteils faul sind. Wenn das so weitergeht, ist die zunehmende Last der Pensionen vom Steuerzahler kaum noch zu tragen. Das parteiübergreifende lang andauernde Versäumnis einer Rücklagenbildung rächt sich jetzt bitter.

Man versucht ganz einfach abzulenken von den politischen Fehlentscheidungen (Bankenkrise) und schiebt den „Schwarzen Peter“ den Beamten zu, die, wenn es halbwegs fair zugehen sollte, mindestens bis 68 Jahre arbeiten müssten (Experte Raffelhüschen).

Kein Ton von der längst überfälligen Angleichung an die Gehaltsstruktur der freien Wirtschaft. Dann könnten wir auch

locker ohne Verluste in eine Pensionskasse zahlen.

Dass unsere Pensionen voll versteuert werden, wir hohe Krankenkassenbeiträge zu zahlen haben, Nullrunden immer häufiger werden, Beihilfe und Sonderzahlungen immer weniger werden (z. B. Absenkung der Einstiegsbezüge, Jubiläumszuwendungen, Reisekosten, das Weihnachts-/Urlaubsgeld) und seit der Wiedervereinigung sämtliche Regelungen und Reformen des Rentenrechts wirkungsgleich auf die Beamten übertragen wurden, wird großzügig übersehen. Ebenso die 0,2 Prozent von Besoldungs- und Pensionserhöhungen zum Aufbau einer kapitalgedeckten Rücklage (momentan wieder ausgesetzt). Und das Verhältnis von Pensionsanspruch und Steueraufkommen ist seit Jahrzehnten stabil bei

ca. 10 %.

Sollte man den Hebel nicht einmal bei Managern, Steuerflüchtlingen, Spitzensportlern, Filmgrößen oder Volksvertretern ansetzen? Nicht zu vergessen die ständig angemahnten Steuermittelverschwendungen. Müssen wir bundesweit so viele Gemeinderäte, Stadträte, Bezirksräte, MdL, MdB, entlassene Politiker und Spitzenbeamte bezahlen?

Am meisten hinkt aber die ständige gegenseitige Aufrechnung von Pensionen und Renten. Zwei Systeme, die überhaupt nicht vergleichbar sind. Die Beamtenversorgung ist eine amtsangemessene Vollversorgung, was die Rente nicht ist. Deswegen hier ein ausgeklügeltes System von Betriebs- und Zusatzrenten.

Besonders schlimm wird es bei der Publizierung der Durchschnittswerte. Bei den Beamten sucht man sich meistens einen höheren Beamten (ab A 13) mit hohem Bildungsniveau und Bildungsabschlüssen heraus, und bei den Rentnern mischt man alles durcheinander, vom Geringverdiener bis zum Hartz IV-Empfänger. Und damit es wirklich „stimmig“ wird, lässt man noch die Gutverdiener der freien Wirtschaft weg, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Ich frage mich nur, warum die Öffentlichkeit immer dann nach Beamten schreit, wenn etwas schief läuft (z. B. staatl. Bankenaufsicht) und sie verteufelt, wenn es gut geht (Abzocker, Profiteure). Das Gefährliche ist, wenn man zu oft mit Halbwahrheiten arbeitet, dass dann fast immer die falsche Hälfte geglaubt wird.

Und ob mit der „Trennung der Systeme“ der große Wurf gelingt, mit Vorurteilen aufgeräumt wird und sich die Sache beruhigt, bezweifle ich stark.

Die einzig realistische Lösung wird die Abspeckung des Beamtenapparates in bestimmten Bereichen sein. Und dort, wo es am wenigsten passt, reduziert man bereits fleißig: Polizei und Bundeswehr, Justiz und Steuern.

Eine Frage darf aber mal erlaubt sein, ohne gleich ein Rechtspopulist zu sein. Während der Staat ohne Skrupel seine treuen Diener als Geldquelle anzapft, scheut er sich, die Kosten für die durchaus wichtige Integrationspolitik offen zu legen. Ich denke hier besonders an die Bereiche Soziales, Sicherheit, Verteidigung (Deutschland wird ja am Hindukusch verteidigt), Bildung und Gesundheit. Im Computerzeitalter müsste diese ressortübergreifende Rechnung doch leicht zu machen sein. Oder will man bewusst nicht?

Liebe Kollegen/innen, ihr seht schon,

es gibt viele Schnittmengen von Beamten und Beschäftigten, Rentnern und Pensionären. Der Staat schenkt uns nichts. Und wir sollten uns nicht nur mit befristeten Stichtagsregelungen zufrieden geben, sondern die erreichten Standards auf Dauer halten.

Und dazu braucht man starke Gewerkschaften. Nur so können wir Einfluss auf die Politik nehmen. Deshalb denkt nicht gruppenspezifisch, sondern zeigt, dass wir in Geschlossenheit und Verbundenheit

zusammenstehen, für unsere Interessen kämpfen und notfalls miteinander auf die Straße gehen. Wir lassen uns nicht trennen – jung und alt. Deshalb meine Bitte: Zeigt euch auch im Ruhestand – den ihr nicht als Restlebenszeit ansehen dürft, sondern als einen neuen Lebensabschnitt – solidarisch mit den Jungen und bleibt Mitglied in eurer GdP. Und ihr werdet sehen, dass es auch wieder Platz für Ältere in unserer Gesellschaft gibt!

Günter Klinger, LSV-Bayern

Abschied

Hans Wederka, ehemals Landesseniorenvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern (MV) hat sich auf der Landesseniorenkonferenz nicht erneut zur Wahl gestellt. Der Bundesseniorenvorstand hat ihn in seiner letzten Sitzung verabschiedet. Der Landesvorsitzende der GdP MV, Michael Silkeit, hatte auf der Konferenz gesagt. „Lieber Hans, durch Dich wurde die Seniorenarbeit bei uns nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auf ein sehr hohes Niveau gehoben. Das, was Du geleistet hast, ist phantastisch. Mit Deinem persönlichen Engagement, hast Du die Organisation gestärkt“.

Hans war von 2005 bis 2008 Vorsitzender der Seniorengruppe Kreisgruppe Rostock und brachte in dieser Zeit wieder Leben in die Gruppe. Im März 2007 wurde er zum Landeseniorenvorsitzenden gewählt.

Es war für Hans ein Herzensanliegen, die Kontakte zu den Senioren in Polen zu pflegen. Dort scheidet die Polizeibeschäftigten mit dem Ende der Dienstzeit auch aus der Gewerkschaft aus. Einen innergewerkschaftlichen Bereich Senioren, wie bei uns, gibt es nicht.

Neben seinem Amt als Landesseniorenvorsitzender war Hans Wederka auch Vor-

sitzender des Landesverbandes der Angler in Mecklenburg-Vorpommern. Folgerichtig bekam er vom Landesvorsitzenden Michael Silkeit eine Angel geschenkt.

Hans Wederka scheidet aus familiären Gründen aus dem Amt. Der Bundesseniorenvorstand bedankte sich mit herzlichem Applaus und einem Präsent und wünschte ihm alles Gute für seine Zukunft.

Bernd Voss ist der Nachfolger von Hans



Abschied von Hans Wederka (r.) – links Hugo Müller, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für die Seniorengruppe (Bund), und Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender Foto: S. Oeffner-Pohl

Wederka. In der Bundesseniorenvorstandssitzung hat er sich vorgestellt. Seit 1974 bei der Polizei, hat er nach der Wende mit Bremer Kollegen die GdP in Rostock aufgebaut, 12 Jahre war er Vorsitzender des Bezirkspersonalrates und 16 Jahre bis zu seiner Pensionierung im vergangenen Jahr Kreisgruppenvorsitzender. Die neue Aufgabe geht er mit Schwung an.

Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender





Psychologie der Vernehmung

Trotz der beeindruckenden Fortschritte, die in den letzten Jahren im Bereich der Kriminaltechnik zu verzeichnen gewesen sind, ist die Aussage von Beschuldigten, Zeugen und Opfern weiterhin ein entscheidendes Beweismittel. Neben Sachbeweisen, die die Zielrichtung einer Vernehmung und den Inhalt einer Aussage strukturieren, spielt das taktische Geschick des vernehmenden Beamten eine große Rolle. Hierbei erschöpfen sich die taktischen Fertigkeiten nicht nur darin, die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt zu stellen, sondern sie erstrecken sich auch auf die Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Menschen flexibel einzustellen und sie zu einer gerichtsverwertbaren Aussage zu veranlassen.



In diesem Band werden die gedächtnis-, motivations- und sozialpsychologischen Voraussetzungen gerichtsverwertbarer Beschuldigten- und Zeugenaussagen erläutert und taktisch-psychologische Empfehlungen abgeleitet, die sich in der Vernehmungspraxis bewährt haben. Dabei wird besonders auf die Vernehmung von traumatisierten Opferzeugen, von Kindern und von Beschuldigten und Zeugen mit Migrationshintergrund eingegangen.

Psychologie der Vernehmung – Empfehlungen zur Beschuldigten-, Zeugen- und Opferzeugen-Vernehmung, Dietmar Heubrock, Nadine Donzelmann, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010, 164 Seiten, 22,80 Euro, ISBN 978-3-86676-131-5

Privatisierung und Entstaatlichung der inneren Sicherheit

Der Staat unserer Tage ist in die Krise geraten. Aufgabenüberforderung, budgetäre Restriktionen und veränderte Rahmenbedingungen bei der Aufgabenwahrnehmung kennzeichnen seine prekäre Situation. Zahlreiche Aufgabenfelder im Bereich der staatlichen Infrastruktur- und Daseinsvorsorge wurden bereits privatisiert und entstaatlicht. Auch der hoheitliche Kernbereich staatlicher Aufgabenerfüllung kann sich scheinbar dieser Tendenz nicht entziehen. Das öffentliche Gut Sicherheit wird immer mehr zu einer marktfähigen Dienstleistung. Vom Ende des Gewaltmonopols und einem Übergang der Polizeigewalt auf Private wird bereits gesprochen.



Doch ist es gerechtfertigt, von einer Ökonomisierung und einem Strukturbruch bei der Aufgabenwahrnehmung im Politikfeld der inneren Sicherheit zu sprechen? Die vorliegende Untersuchung geht dieser Fragestellung mit einem neuen methodischen Ansatz nach. Dieser innovative Ansatz, eine Kombination aus der betriebswirtschaftlichen Leistungstiefenmethodik und dem Konzept der abgestuften Verantwortungsverantwortung, geht über die bisherigen Analysemodelle hinaus. Er ermöglicht erstmalig eine an der staatlichen Leistungstiefe orientierten Bestandsaufnahme der Privatisierungsentwicklung im Bereich der inneren Si-

cherheit. Diese differenzierte Darstellung, die einen deutlichen Trend zu einer Aufgabenspezifizierung und einem Formenwandel bei der Aufgabenwahrnehmung sichtbar werden lässt, wird aus politikwissenschaftlicher Sicht bewertet und ins Verhältnis gesetzt zur aktuellen Diskussion über die Transformation von Staatlichkeit.

Privatisierung und Entstaatlichung der inneren Sicherheit – Erscheinungsformen, Prozesse und Entwicklungstendenzen, Ludger Stienen, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, 436 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3-86676-136-0

Seniorenpolitik im Wandel

Obwohl die Deutschen unaufhaltsam altern, gibt es keine eigene Interessenvertretung für Ältere. Ob dies so bleiben wird, ist angesichts des demografischen Wandels und des nötigen Sozialstaats-



umbaus eine zentrale Frage deutscher Politik. Die Studie untersucht erstmals, wie sich die seniorenpolitische Interessenvertretung entwickelt, und beleuchtet die Akteure sowie deren Antriebsmotive. Im Fokus stehen die Sozialverbände und die seniorenpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften.

Seniorenpolitik im Wandel, Verbände und Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation, Thomas Koch, campus Verlag, 2010, 515 Seiten, 49 Euro, ISBN 978-3-593393186



Deutsche Polizei

Nr. 6 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
 Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
 Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
 Antje Kleucker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
 175.346 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



Schärfer geht's nicht!

Die besonderen Eigenschaften von Keramikmessern machen Kochen zum reinen Vergnügen.



SUTOKA 2

Keramik Kochmesser

Maße: 27,0 x 4,3 x 2,1 cm.

25-3106

19,95 €

SUTOKA 1

Keramik Gemüsemesser

Maße: 20,8 x 3,0 x 1,6 cm.

25-3006

9,95 €

SUTOKA - PEELER

Keramik Schäler

Maße: 13,5 x 7,4 x 2,2 cm.

25-3206

4,95 €

Die Hochleistungs-Keramik HNA90 verhilft den Messern zu einem erstaunlich geringen Gewicht, großer Schärfe und Härte. Die Klingen sind außerordentlich schnitthaltig und absolut korrosionsbeständig und werden mit einem ergonomischen Griff aus ABS zu unentbehrlichen Küchenhelfern.

Keramikmesser gleiten sehr leicht, selbst durch empfindliches Schnittgut. Sind geruchs- und geschmacksneutral und damit äußerst hygienisch, sie eignen sich ideal zur Zubereitung von Lebensmitteln. Die Messer sind pflegeleicht und einfach zu reinigen.

(Es wird empfohlen, wie auch für andere hochwertige Messer, die Reinigung von Hand, sowie eine Arbeitsunterlage aus Holz- oder Kunststoff zu nutzen.)

Alle Produkte werden in einer hochwertigen Karton-Geschenkverpackung geliefert.

Damit Sie lange Freude an Ihren Keramik-Messern haben und um ein Aus- oder Abbrechen der Keramik-Klinge zu vermeiden, beachten Sie die folgenden Empfehlungen:

- Das Messer nicht fallen lassen, da sonst die Klinge aus- oder abbrechen könnte.
- Das Messer nicht zum Hobeln oder Schaben verwenden
- Das Messer nicht zum Hebeln verwenden
- Das Messer beim Schneiden nicht verkanten
- Keine gefrorenen Lebensmittel, Knochen oder Gräten mit dem Messer schneiden



SUTOKA - SET

Keramik Messer Set bestehend aus: Gemüsemesser, Kochmesser und Schäler.

Maße: 31,0 x 14,0 x 3,0 cm.

25-3306 **29,95 €**



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Vennehof
Borken



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Shopping Arkaden
Bocholt



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei